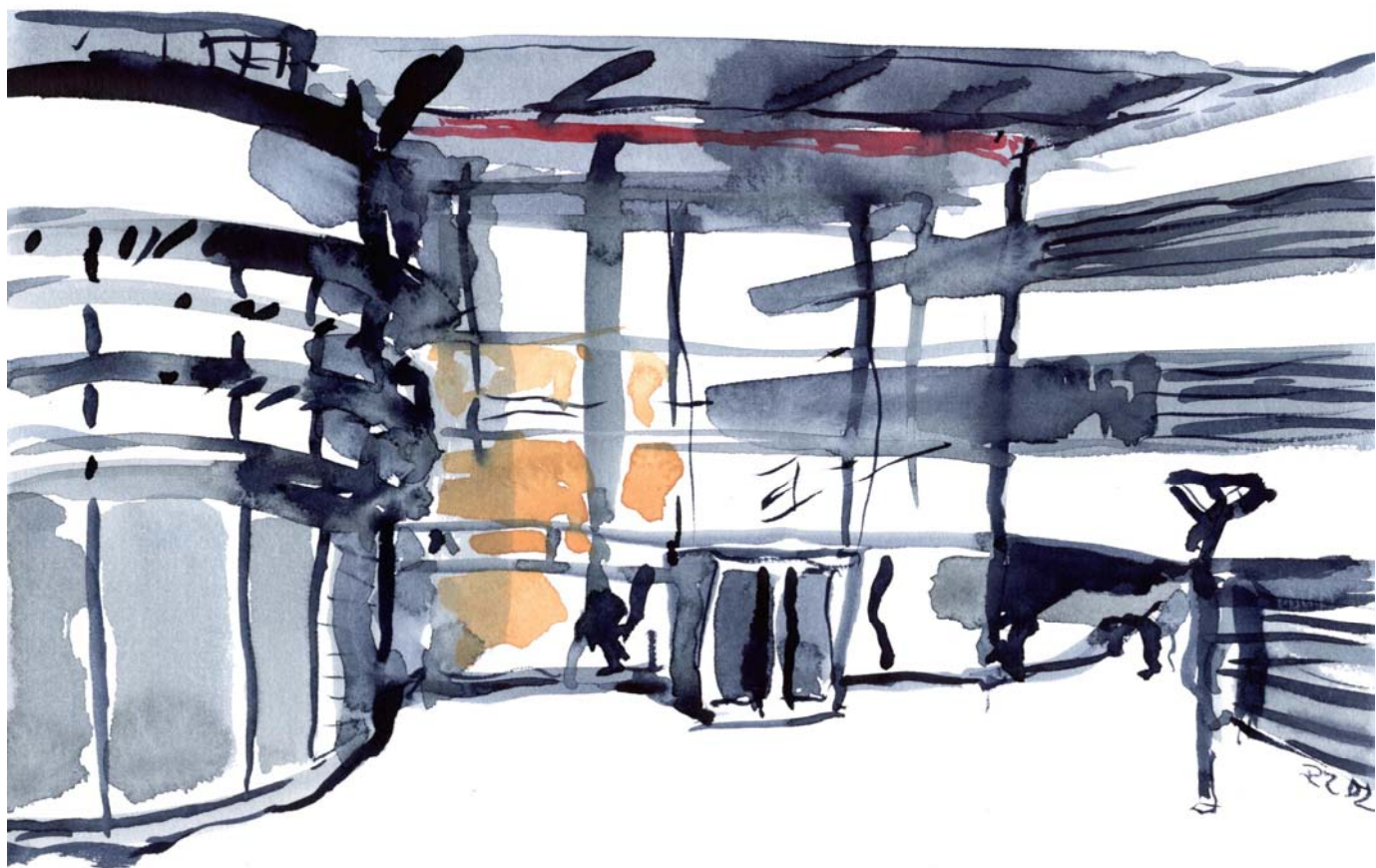


Gemeinde Rudersberg
Rems-Murr-Kreis

Vorbericht zum Haushaltsplan



für das Jahr
2011

Vorbericht

zum

Haushalt 2011

Allgemeine Vorbemerkungen

Der Vorbericht gibt einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft. Außer den wesentlichen Daten im Planjahr zeigt der Vorbericht die Entwicklung des Haushalts in den beiden Vorjahren und gibt eine Vorschau auf die künftigen Investitionen, ihre Finanzierungsmöglichkeiten samt Auswirkungen auf die künftige Haushaltswirtschaft. Außerdem werden im Vorbericht sowie bei einzelnen Haushaltsstellen Erläuterungen zu den Planansätzen gemacht.

Der Haushaltsplan enthält den Gemeindehaushalt einschließlich der dazugehörenden Anlagen und Berechnungsgrundlagen. Angeschlossen sind auch die Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe Gemeindewerke und Abwasserbeseitigung. Der Haushaltsplan sowie die Wirtschaftspläne enthalten außerdem Übersichten über die möglichen Verpflichtungsermächtigungen, die Schuldenstandsübersicht, den Stand über das Anlagevermögen sowie die mehrjährigen Finanzpläne.

Wie es um die Kommunalen Finanzen im Vorfeld des Haushaltsjahrs 2011 bestellt ist, geht in deutlichen Worten aus dem diesjährigen Gemeindefinanzbericht des Gemeindetags Baden-Württemberg hervor:

Städte und Gemeinden haben 2009 im Sog der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, der Fahrt einer Achterbahn gleich, nach einem Höchststand im Jahr 2008 einen bisher nicht erlebten Absturz ihrer Steuereinnahmen bundesweit um 11,4 % erlebt. Baden-Württembergs Kommunen hatten aufgrund der starken Exportorientierung der heimischen Industrie mit einem Minus von 14,5 % einen noch weitaus stärkeren Einbruch ihrer Steuereinnahmen zu verzeichnen. Dies schlug sich auch entsprechend im Ergebnis des kommunalen Finanzierungssaldos nieder. Bundesweit brach dieser von plus 7,71 Mrd. EUR im Jahr 2008 auf minus 7,176 Mrd. EUR im Jahr 2009 ein. In gleicher Weise sackte der Finanzierungssaldo der baden-württembergischen Städte und Gemeinden von plus 1,74 Mrd. EUR (2008) auf minus 2,64 Mrd. EUR (2009) ab. Städte, Gemeinden und Landkreise konnten dies nur dadurch auffangen, indem sie verstärkt so genannte Ersatzdeckungsmittel, insbesondere in Vorjahren angesammelte Rücklagen zur Finanzierung und zum Haushaltsausgleich einsetzten.

Im laufenden Haushaltsjahr 2010 stellt sich die Haushaltssituation der Kommunen im Land nochmals deutlich schlechter dar als in 2009. Der Finanzierungssaldo 2010 wird sich (...) auf minus 2,3 Mrd. EUR weiter ins Negative verändern.

Damit ist aber noch keineswegs der Tiefpunkt des finanziellen Einbruchs der kommunalen Haushalte in Baden-Württemberg erreicht. Dies wird erst im Jahr 2011 der Fall sein, wenn mit zweijährigem Versatz aufgrund der Systematik des Kommunalen Finanzausgleichs und der Finanzierung der Landkreise der Grundkopfbetrag für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen, die existenziell für die Finanzierung der Aufgaben finanzschwacher Städte und Gemeinden sind, und die Steuerkraftsummen für die Berechnung der Kreisumlage zurückgehen werden. (...) Erst dadurch werden die Folgen der im September 2008 ihren Anfang genommenen Finanz- und Wirtschaftskrise erst in ihrem vollen Umfang in den Kommunalhaushalten angekommen sein.

2011 wird aber auch das Jahr sein, das die Wende bringen kann, wenn die Dynamik des konjunkturellen Aufschwungs der letzten Monate sich nachhaltig fortsetzt. Zumindest die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer dürften wieder besser fließen. Im Gegensatz dazu dürften sich die Gewerbesteuereinnahmen eher zaghaft erholen. Wieder steigende Unternehmensgewinne werden zunächst mit den in der Krise ausgelaufenen Verlustvorträgen verrechnet werden, bevor sich diese wieder in höheren Gewerbesteuereinnahmen für die Städte und Gemeinden positiv niederschlagen.

Trotz dieses Silberstreifens am Horizont werden das Jahr 2011 und auch noch die Jahre danach für die Städte und Gemeinden zu einer besonderen Herausforderung werden. 2011 wird die Mehrzahl der Städte und Gemeinden weiter mit unausgeglichene Haushalten konfrontiert sein. Dabei zeichnet sich eine Zweiklassengesellschaft ab: Auf der einen Seite eine Minderheit von (steuerstarken) Städten und Gemeinden, die auch in der Krise den Haushaltsausgleich gewährleisten konnten, und Städte und Gemeinden, die zum Haushaltsausgleich noch über entsprechende Ersatzdeckungsmittel verfügen. Auf der anderen Seite die Städte und Gemeinden, die weder das eine noch das andere leisten können und über keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr verfügen.

Unter letzteren werden sich hauptsächlich die allgemein als finanzschwach geltenden Städte und Gemeinden befinden, deren Haushaltssituation wesentlich mit von den Leistungen des Kommunalen Finanzausgleichs abhängt. Auch wenn die Steuerquellen 2011/2012 wieder stärker sprudeln werden, wird sich dies für den Großteil der Städte und Gemeinden im Finanzausgleich durch den in diesem Fall wieder durch dessen Systematik bedingten zweijährigen Versatz erst in den Haushalten 2013/2014 positiv niederschlagen können.

Angesichts der auf absehbare Zeit weiterhin leeren kommunalen Kassen und vielfach defizitären Kommunalhaushalten muss daher hinter den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für die Umsetzung des für 2013 bereits festgeschriebenen Rechtsanspruchs mehr als nur ein Fragezeichen gesetzt werden. Nicht die (...) bundesweite Betreuungsquote von 35 %, sondern die Frage nach einer zeitlichen Streckung muss zur Diskussion stehen, ohne damit das Ziel in Frage zu stellen.

Allein schon der weitere Anstieg der Sozialausgaben wird den bereits bestehenden Konsolidierungsdruck zum Abbau bestehender kommunaler Leistungen und die Schließung von Einrichtungen, einschließlich der Erhöhung von Gebühren und Steuern, noch weiter verstärken.

Damit einhergehend droht ein verstärkter Anstieg der kommunalen Verschuldung. (...) Weiter ist mit einem Ausdünnen kommunaler Ausgaben und einem Rückgang der kommunalen Investitionen zu rechnen. Notwendige Maßnahmen zu unterlassen, ist eine weitere Form der Verschuldung und kommt dem Ausstellen eines Wechsels auf die Zukunft gleich. Es droht dadurch der Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit.

Dies ist politisch nicht gewollt. Um dem Verlust der kommunalen Handlungsfähigkeit entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung die Gemeindefinanzkommission einberufen. Sicher nicht Ziel führend ist dabei nach den bereits vorliegenden ersten Ergebnissen der angestrebte Ersatz der Gewerbesteuer durch das so genannte Zuschlagsmodell. Städte und Gemeinden halten daher weiterhin an der Gewerbesteuer als Band zur Wirtschaft fest und fordern stattdessen die Verbreiterung deren Bemessungsgrundlage.

Wenn schon das Sparpaket der Bundesregierung keine Entlastungen für die Kommunalkommunen und eher Lastenverschiebung verspricht, verbinden die Kommunen große Hoffnungen mit der Arbeit der Gemeindefinanzkommission zum Thema Sozialleistungen und der Forderung, was deren Finanzierung anbelangt, diese nicht mehr primär als kommunale, sondern als gesamtstaatliche Aufgabe zu betrachten. (...) Hoffnung richtet sich im Rahmen der Gemeindefinanzkommission auch auf die Länder als Vertreter der kommunalen Interessen gegenüber dem Bund. Die entsprechenden Weichenstellungen sollten (zeitnah) stattfinden.

Dies gilt auch auf Landesebene für die Finanzverhandlungen zwischen Land und Kommunen für die Zeit ab 2012. Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände hatten sich am 24.11.2009 darauf verständigt, (...) den von den Kommunen zu erbringenden Konsolidierungsbeitrag gegenüber dem Land von jährlich 405 Mio. EUR bis Ende 2011 zu verlängern. Auch wenn im Landeshaushalt eine Deckungslücke von mehreren Milliarden bestehen sollte, ist dies kein Grund, die Kommunen erneut zur Ader zu bitten. Für eine Verlängerung des Konsolidierungsbeitrags der Kommunen ab 2012 besteht angesichts deren Finanzlage keine Rechtfertigung mehr. Die kommunalen Landesverbände lehnen daher schon heute die Fortsetzung der bisherigen Praxis eines Konsolidierungsbeitrags für den Landeshaushalt rundum ab.

Zusammenfassung:

Auch wenn die Konjunktur immer mehr an Dynamik gewinnt, sind die kommunalen Haushalte noch lange nicht über den Berg, sondern stehen 2011/2012 nochmals vor besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen. Zu deren Lösung bedarf es der baldigen und umfassenden Unterstützung durch Bund und Land.

„Eine nachhaltige Lösung dieses Problems ist nicht zuletzt für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft essentiell. Denn die Leistungsfähigkeit der Kommunen ist die Grundlage für die Nachhaltigkeit und Stabilität unserer demokratischen Ordnung. Durch die kommunale Selbstverwaltung können sich die Bürger vor Ort einbringen und Politik gestalten – das ist umso wichtiger in Zeiten, in denen die Bindungen zwischen Bürger und Politik durch Globalisierung und soziale Entwicklungen eher schwächer werden“, so Bundesfinanzminister Dr. Schäuble im Rahmen der Gemeindefinanzkommission.

Ganz reell hat auch die Gemeinde Rudersberg die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren zu spüren bekommen – und sie sind auch im vorliegenden Haushalt 2011 und mittelfristig nach wie vor präsent: z.B.

- Einkommensteuer weit unter dem Ergebnis des Jahres 2008
- Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft
- Anstieg der Kreisumlage
- Negative Zuführungsraten bis 2011 bis 2013
- Reduzierung der Investitionstätigkeit und Unterhaltungsmaßnahmen (2010 ff)
- Aufzehren der Rücklage auf den Mindestbestand (2011)
- Teilweise Kreditfinanzierung von Investitionen (2010 ff)
- Teilweise Gebühren- und Steuererhöhungen (2010 ff)

Dass sich unsere Gemeinde dabei „in bester Gesellschaft“ befindet, hilft nicht über das Dilemma hinweg. Gerade dort, wo Gemeinden ihrer Bürgerschaft Lebensqualität, Heimat, Halt, Verlässlichkeit, Rückzugs- und Betätigungsmöglichkeiten und vieles mehr bieten sollen, stellt sich weiterhin vielerorts die Frage, wie die mannigfaltigen Aufgaben finanziert werden können.

In Rudersberg kommt man in 2011 „gerade noch so über die Runden“, kann die vielschichtigen Angebote und Standards in unserer Gesamtgemeinde (Schulen, Schulsozialarbeit, Kinderbetreuung, Jugendarbeit, Volkshochschule, Musikschule, Freibäder, Hallenbad, Sportförderung, Unterhaltung von Gebäuden und Straßen u.v.m.) noch finanzieren und die beabsichtigten Investitionen über Rücklagen-Entnahmen finanzieren.

Für sich allein könnte man mit diesem Ergebnis unter Umständen noch leben, wäre da nicht das Jahr 2012, in welchem die erwarteten laufenden Einnahmen mit rd. 1,0 Mio. EUR hinter den Ansätzen für die laufenden Ausgaben zurück bleiben werden.

Aus diesem Grund darf man nicht allein den Blick auf das Jahr 2011 richten, sondern muss jetzt die Weichen dafür stellen, dass die Gemeinde mittelfristig wieder aufs finanzielle Gleichgewicht kommt.

Darauf zu hoffen, dass der Weg aus der Krise schneller als erwartet gelingen kann, wird definitiv zu wenig sein. Jede Gemeinde muss für sich nach Wegen suchen, wie die Ausgaben mit den zurückgegangenen Einnahmen wieder (einigermaßen) in Einklang zu bringen sind.

Im Konkreten heißt dies, dass die Gemeinde Rudersberg mit jedem Haushalt neu sowohl die Einnahme-Seite als auch die Ausgaben-Seite durchforsten muss, was an Erhöhungen bei den Einnahmen vertretbar und was an Kürzungen bei den Ausgaben notwendig und geboten ist. Dass dies nicht schmerzfrei möglich sein wird, müsste angesichts der beschriebenen Höhe der Einnahme-Ausfälle deutlich werden.

Nicht zuletzt wird man auch auf den Prüfstand stellen müssen, welches Vermögen der Gemeinde veräußert werden kann, um damit unabwendbare Investitionen in die notwendige Infrastruktur der Gemeinde Rudersberg finanzieren zu können.

Fazit:

Die Gemeinde Rudersberg steht – wie auch die aktuellen Zahlen für 2011 und die Folgejahre belegen – unverändert vor der herausfordernden Aufgabe, die anhaltenden Einnahmeverluste zu kompensieren. Die Wünsche nach einer starken, agilen, in allen Politikfeldern bzw. Lebensbereichen präsenten und aktiven Gemeinde müssen dabei mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang gebracht werden. Diese Aufgabe ist gemeinsam im Dialog mit den Bürgern, mit der Wirtschaft, mit den verschiedenen Akteuren beispielsweise in Schulen und Vereinen zu bewältigen. Neben langem Atem und Ausdauer bei der Suche nach möglichst optimalen Lösungen wird dies in etlichen Fällen auch Einschnitte und Verzicht auf Bewährtes und Liebgewonnenes bedeuten.

Rudersberg, den 21. Dezember 2010

Rückblick auf die Haushaltsjahre 2009 und 2010

Haushaltsjahr 2009

Die Haushaltssatzung 2009 wurde am 16.12.2008 beschlossen.

Verwaltungshaushalt	Gemeindehaushalt	17.557.600 €
Vermögenshaushalt	Gemeindehaushalt	4.914.600 €
Gesamtvolumen:	Gemeindehaushalt	22.472.200 €
Erfolgsplan	Gemeindewerke	1.363.700 €
Vermögensplan	Gemeindewerke	523.900 €
Gesamtvolumen:	Gemeindewerke	1.887.600 €
Erfolgsplan	Abwasserbeseitigung	2.021.250 €
Vermögensplan	Abwasserbeseitigung	1.422.000 €
Gesamtvolumen:	Abwasserbeseitigung	3.443.250 €
Die Jahresrechnung 2009 schließt wie folgt ab:		
Verwaltungshaushalt	Gemeindehaushalt	17.182.148 €
Vermögenshaushalt	Gemeindehaushalt	4.202.963 €
Gesamtvolumen:	Gemeindehaushalt	21.385.111 €
Erfolgsplan	Gemeindewerke	1.429.964 €
Vermögensplan	Gemeindewerke	591.177 €
Gesamtvolumen:	Gemeindewerke	2.021.141 €
Erfolgsplan	Abwasserbeseitigung	2.176.099 €
Vermögensplan	Abwasserbeseitigung	1.364.793 €
Gesamtvolumen:	Abwasserbeseitigung	3.540.892 €

Die Jahresabschlüsse 2009 der Eigenbetriebe wurden im Gemeinderat am 27.07.2010 festgestellt, der Beschluss über den Jahresabschluss 2009 der Gemeinde Rudersberg erfolgte am 07.12.2010.

Die wesentlichen Ergebnisse für den Gemeindehaushalt:

Trotz massiver Steuerausfälle mit mehr als 662.000 EUR konnte die Zuführungsrate um rd. 126.000 EUR übertroffen und dem Vermögenshaushalt zur Finanzierung der Investitionen schließlich ein Betrag von knapp 406.000 EUR zugeführt werden. Ursächlich für die – trotz der Steuerausfälle – höher ausgefallene Zuführungsrate waren zum einen Mehreinnahmen bei den Gebühren, Mieteinnahmen, Erstattungen, Zinseinnahmen, Konzessionsabgaben und Zinsen für Steuernachzahlungen mit rd. 356.000 EUR. Zum anderen wurden Minderausgaben beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von 523.000 EUR realisiert, teilweise durch die Umschichtung von Mitteln in den Vermögenshaushalt, teilweise durch den Verzicht auf die Bildung von Haushaltsresten, in manchen Fällen verbunden mit der Neuveranschlagung von Mitteln in 2010. Diese Minderausgaben dienten auch der Finanzierung von Mehrausgaben beim Personal mit rd. 26.000 EUR sowie bei den Umlagen mit rd. 65.000 EUR.

Die höhere Zuführungsrate sowie höhere Grundstückserlöse waren letztlich maßgebend dafür, dass die Rücklagen-Entnahme um rd. 259.000 EUR hinter dem Planansatz zurück bleiben konnte. Auf Ende 2009 betrug der Rücklagen-Bestand noch rd. 2,678 Mio. EUR.

Der Schuldenstand auf Ende 2009 konnte im Kernhaushalt planmäßig auf rd. 306.000 EUR zurückgeführt werden, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 27 EUR pro Einwohner entspricht.

Einzelheiten sind dem Rechenschaftsbericht zur Feststellung der Jahresrechnung 2009 zu entnehmen.

Entwicklung des Haushaltsjahres 2010

Die Haushaltssatzung 2010 wurde am 26.01.2010 beschlossen.

Mussten im Jahr 2009 – wie ausgeführt – noch Steuerausfälle mit rd. 662.000 EUR kompensiert werden, so verlief das zurückliegende Jahr 2010 überaus erfreulich: Bereits anlässlich des Finanzzwischenberichts konnte die Verwaltung im Juli von Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, bei der Einkommensteuer sowie beim Familienleistungsausgleich mit (netto) insgesamt rd. 630.000 EUR berichten. Allerdings galt es auch, Mindereinnahmen bei den Grundstückserlösen mit rd. 850.000 EUR zu finanzieren, was letztlich durch das Verschieben einer Tiefbaumaßnahme in der Schillerstraße erfolgte.

Die Verbesserungen bei den Steuereinnahmen haben sich im 2. Halbjahr kontinuierlich fortgesetzt: Anfang Oktober veröffentlichte das Finanzministerium die Zahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: Aufs Jahr gesehen entfielen auf unsere Gemeinde weitere Mehreinnahmen mit rd. 260.000 EUR. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der November-Steuerschätzung am 11. November führte bzgl. der sog. Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft zu weiteren Mehreinnahmen mit rd. 285.000 EUR. Ende November informierte das Finanzministerium über eine Erhöhung der Kommunalen Investitionspauschale mit rd. 85.000 EUR. Auch war zu diesem Zeitpunkt absehbar, dass die Gewerbesteuer in Rudersberg stabil bleiben würde und noch einmal rd. 140.000 EUR an Mehreinnahmen gegenüber dem Stand zur Jahresmitte bringen würde.

Unter dem Strich werden sich die Mehreinnahmen bei den Steuereinnahmen in 2010 für unsere Gemeinde auf mehr als 1,4 Mio. EUR belaufen.

Die im Haushaltsplan 2010 noch erwartete negative Zuführungsrate vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt mit rd. 750.000 EUR wird sich durch diese Verbesserungen also ins Positive umkehren: rd. 650.000 EUR werden allein aus Steuermehreinnahmen des Jahres 2010 an den Vermögenshaushalt zugeführt werden können.

Der Allgemeinen Rücklage brauchen aufgrund der verbesserten Einnahme-Situation zwar nicht 1,9 Mio. EUR, aber immer noch stattliche rd. 1,0 Mio. EUR in 2010 entnommen werden. Rechnet man die eingangs geschilderten Verbesserungen des Jahres 2009 mit rd. 259.000 EUR hinzu, stehen im Jahr 2011 rd. 1,3 Mio. EUR zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung, die der Rücklage entnommen werden können (siehe Anlage 17). Aus heutiger Sicht wird die Rücklage auf Ende 2011 damit auf dem gesetzlichen Mindestbestand angekommen sein.

„Kehrseite der Medaille“ ist, dass aufgrund der Steuermehreinnahmen des Jahres 2010 die Mechanismen des Finanzausgleichs mit ihrer zweijährigen Verzögerungsautomatik im Jahr 2012 in Form von höheren Umlagen an Land und Kreis sowie in Form von niedrigeren Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft geradezu „zuschlagen“ werden. Aus heutiger Sicht werden die laufenden Einnahmen des Jahres 2012 um rd. 1,0 Mio. EUR niedriger sein als die laufenden Ausgaben – eine negative Zuführungsrate in der Größenordnung von 1,0 Mio. EUR wird in 2012 zu schultern sein, die Verbesserungen der November-Steuerschätzung bereits eingerechnet!

Vor diesem Hintergrund kann – trotz des sehr erfreulichen Verlaufs des Jahres 2010 – keine „Entwarnung“ für die Finanzen der Gemeinde Rudersberg gegeben werden. Angesichts dieser Erwartungen für das Jahr 2012 gibt es zur Beibehaltung des strikten Sparkurses bis auf weiteres keine Alternative. Investitionen werden gestreckt werden müssen, um die Finanzierung der Pflichtaufgaben gewährleisten zu können.

DER HAUSHALT AUF EINEN BLICK					
				HH 2011	HH 2010 zum Vergleich:
Haushaltsvolumen				20.043.650 €	22.177.200 €
Verwaltungshaushalt				17.446.850 €	17.467.200 €
Vermögenshaushalt				2.596.800 €	4.710.000 €
negative Zuführungsrate				-160.000 €	-749.500 €
Kredittilgung				84.000 €	68.700 €
Nettoinvestitionsrate (Zuführung abzüglich Tilgung)				-244.000 €	-818.200 €
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage				1.300.000 €	1.900.000 €
Kreditaufnahme				145.800 €	297.600 €
Steuereinnahmen					
Grund- und Nebensteuern				1.420.100 €	1.388.900 €
Gewerbsteuer				1.500.000 €	1.100.000 €
Gemeindeanteil Einkommensteuer				4.185.100 €	3.863.000 €
Gemeindeanteil Umsatzsteuer				539.400 €	528.500 €
Schlüsselzuweisungen + Invest.Pauschale				3.615.500 €	3.918.600 €
Familienleistungsausgleich				407.800 €	361.600 €
Summe der Steuereinnahmen				11.667.900 €	11.160.600 €
Umlagen					
Gewerbsteuerumlage				291.700 €	229.700 €
Finanzausgleichsumlage				2.201.000 €	2.480.000 €
Kreisumlage				4.083.100 €	3.984.000 €
Verbandsumlage Region Stuttgart				41.600 €	42.000 €
Summe der Umlagen				6.617.400 €	6.735.700 €
Saldo Steuereinnahmen abzügl. Umlagen				5.050.500 €	4.424.900 €
Personalausgaben				3.911.000 €	3.864.500 €
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand					
(ohne Innere Verrechnungen u. kalk. Kosten), globale Minderausgabe mit -175.000 bzw. 173.000 EUR enthalten.				3.065.950 €	3.010.950 €
Zuweisungen / Zuschüsse für lfd. Zwecke				1.526.450 €	1.497.000 €
Zinsaufwand und sonst. Finanzausgaben				63.100 €	55.300 €
Schuldenstand am Ende des Jahres am Kreditmarkt					
Gemeinde				596.717 € *	534.908 €
Pro-Kopf-Verschuldung Gemeinde				52,23 €	46,82 €
Eigenbetrieb Gemeindewerke				1.005.453 €	949.562 €
Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung				7.184.493 €	7.316.853 €
Summe Eigenbetriebe				8.189.946 €	8.266.415 €
Pro-Kopf-Verschuldung Eigenbetriebe				716,84 €	723,54 €
Einwohnerzahl (auf 30.06.)				11.425	11.425
* sofern neue Kredite bei der Gemeinde in 2011 mit 145.800 EUR aufgenommen werden.					

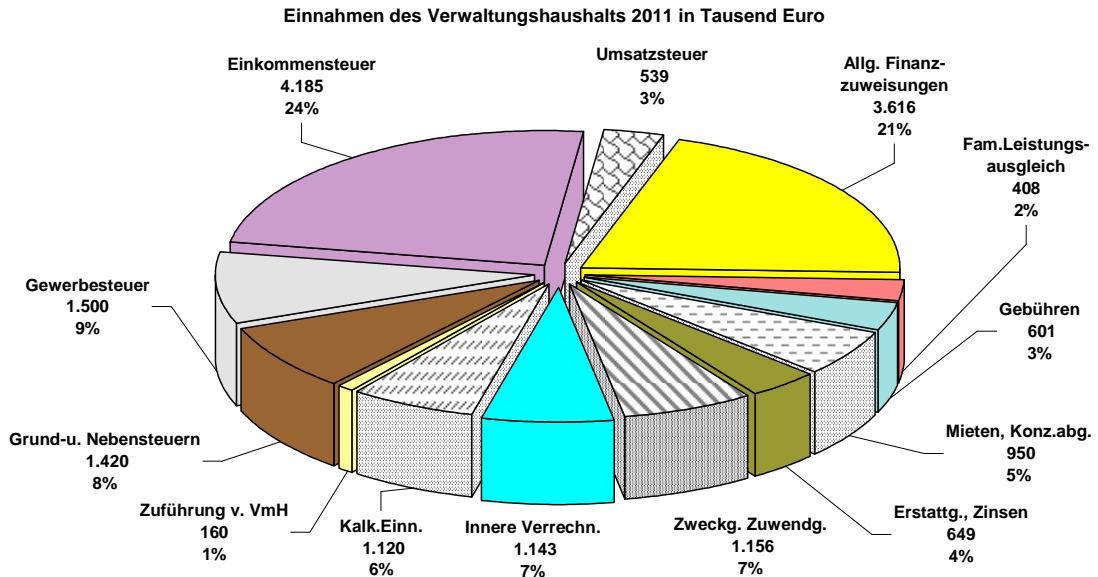
Vorgesehene Investitionen	Plan 2011
Hard- und Software für Verwaltung sowie Aufwertung Internet-Seite	19.500 €
Lautsprecheranlage Foyer Rathaus sowie Deckenmontage Beamer Sitzungssaal	17.500 €
Beschaffung von weiteren Geschwindigkeitsdisplays	15.000 €
EC-Cash im Bürgerbüro	3.000 €
Entwicklung Leit- u. Orientierungssystem	18.000 €
Feuerwehr; Geräte, Maschinen	34.000 €
Feuerwehrgerätehaus Rudersberg; Erneuerung Tore Fahrzeughalle	65.000 €
Feuerwehrgerätehaus Rudersberg; Planungsmittel Gerätehausentwickl.-Konzept	25.000 €
Grundschule Steinenberg, Ausstattung, Einrichtung	4.500 €
Grundschule Schlechtbach; Ausstattung, Einrichtung	4.500 €
Schulzentrum Rudersberg, Ausstattung, Einrichtung incl. Medienausstattung	45.500 €
Planungsmittel für Heizungskonzept am Schulzentrum	30.000 €
Förderschule, Ausstattung, Einrichtung incl. Medienausstattung	7.600 €
Schulturnhalle, Wieslaufhalle und Halle Steinenberg; Ersatzbeschaffungen	4.500 €
Vereinsförderung	1.600 €
Zuschüsse für Investitionen an kirchl. Kindergarten-Träger	22.500 €
Mobiliar für kommunale Kindergärten	5.200 €
weitere Planungsmittel für Sportentwicklungskonzept	30.000 €
Außenanlagen Kunstrasenplatz Schlechtbach	22.000 €
Erneuerung der Lautsprecheranlagen etc. in den beiden Freibädern	21.000 €
Ortskernsanierung Rudersberg IV	95.000 €
ELR-Maßnahme Dorfsanierung Necklinsberg	520.000 €
Wohnungsbau- bzw. Familienförderung	20.000 €
Grunderwerb an Straßen	10.000 €
Tiefbaumaßnahmen im Zusammenhang mit Kanalsanierungsmaßnahmen	250.000 €
ELR-Maßnahme zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur (Necklinsberg)	84.000 €
weitere Planungsmittel Ortsdurchfahrt Rudersberg	60.000 €
Brückensanierungen	130.000 €
Erneuerung der Straßenbeleuchtung	10.000 €
Vermögensumlage an den Wasserverband Wieslaufthal (Restfinanzierung Becken Glasofen- und Mittelbach)	431.000 €
Weitere Urnenstelen auf dem Friedhof in Rudersberg	42.000 €
Neubeschaffung von Stühlen für die Aussegnungshalle	1.500 €
Planungsmittel für Heizungskonzept Gemeindehalle Steinenberg	10.000 €
Dachsanierung Dorfgemeinschaftshaus Zumhof	70.000 €
Darlehen an die Jagdgenossenschaft	15.000 €
Verkehrsverband Wieslaufthalbahn	105.000 €
Vermögensumlage Verband Region Stuttgart	3.400 €
Allg. Grunderwerb	100.000 €
ordentliche Kredittilgung	84.000 €
negative Zuführungsrate an den Verwaltungshaushalt	160.000 €
Summe	2.596.800 €

Der Gemeinderat hat in seinen Haushaltsberatungen Sperrvermerke beschlossen.

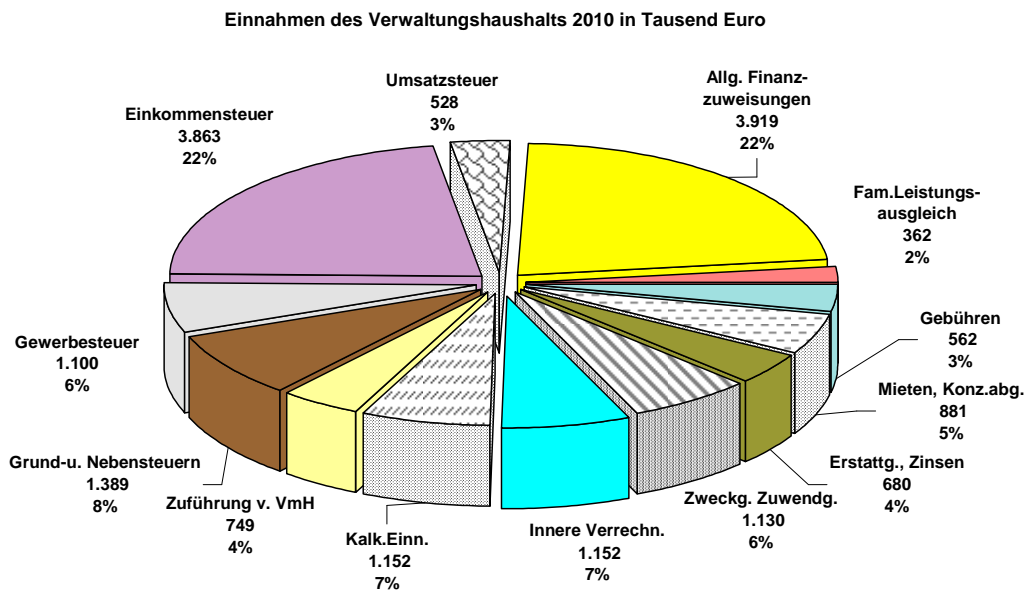
Diese sind in der Haushaltssatzung einzeln aufgeführt.

Haushalt 2011

Verwaltungshaushalt Einnahmen



Zum Vergleich noch einmal die Ansätze des Vorjahres:

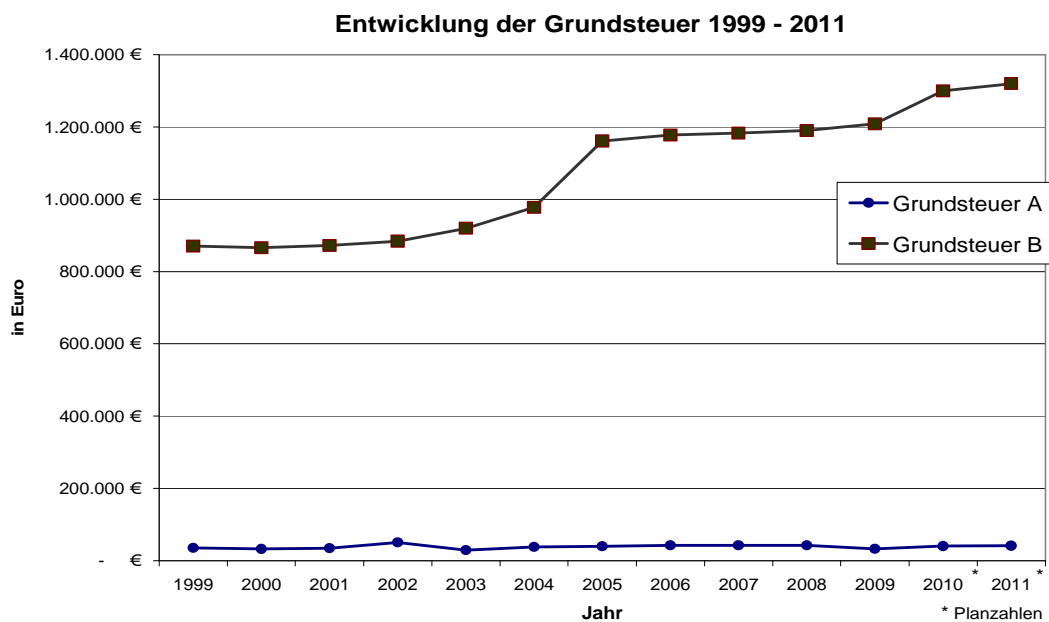


Steuern und Allgemeine Zuweisungen (Hauptgruppe 0)

Grundsteuer

Die Einnahmen der Grundsteuer A (für landwirtschaftliche Betriebe) werden entsprechend dem vorläufigen Ergebnis für 2010 mit 41.500 EUR angesetzt, der Hebesatz soll bei 350 % bleiben. Die Einnahmen der Grundsteuer B werden mit 1.320.000 EUR angesetzt. Der erst im Jahr 2010 von 350 auf 380 % erhöhte Hebesatz soll beibehalten werden. Die Grundsteuer stellt in ihrer Höhe und Verlässlichkeit eine wichtige, nicht wegzudenkende Einnahmegröße dar. Ein Urteil des Bundesfinanzhofs im Jahr 2010 hat wieder Leben in die Überlegungen zur Reform der Grundsteuer gebracht. Inwieweit es in 2011 bereits zu Ergebnissen kommen wird, bleibt abzuwarten.

Entwicklung der Grundsteuer		
	Grundsteuer A	Grundsteuer B
1999	35.331 €	870.471 €
2000	32.532 €	866.011 €
2001	34.574 €	872.458 €
2002	50.912 €	884.160 €
2003	29.802 €	919.902 €
2004	37.774 €	977.445 €
2005	40.007 €	1.161.560 €
2006	42.230 €	1.177.941 €
2007	43.008 €	1.183.167 €
2008	42.438 €	1.190.324 €
2009	33.270 €	1.208.870 €
2010	40.300 €	1.300.000 €
2011	41.500 €	1.320.000 €



Gewerbsteuer

Eine relativ große Unbekannte ist – alljährlich – die Gewerbesteuer. Eine sichere Prognose ist nicht möglich. In den letzten Jahren, so auch in 2010, hat man sich bzgl. des Haushaltsplanansatzes stets an den laufenden Vorauszahlungen orientiert. Mit Nachzahlungen für die krisengeschüttelten Jahre 2008 und 2009 durfte man nicht wirklich rechnen. Gleichwohl hat das Jahr 2010 Interessantes zu Tage gebracht: Zum einen sind die Vorauszahlungen für das laufende Jahr auf rd. 1,3 Mio. EUR gestiegen, zum anderen sind – völlig wider Erwarten – relativ hohe Nachzahlungen für zurückliegende Jahren geleistet worden.

Mit welchen Beträgen kann für 2011 gerechnet werden?

Die laufenden Vorauszahlungen betragen auf Basis des derzeitigen Hebesatzes von 340 % – wie ausgeführt – rd. 1,3 Mio. EUR. Ende des Jahres 2010 sind Messbescheide zugegangen, die Anfang 2011 zu Nachzahlungen für frühere Jahre mit rd. 100.000 EUR führen werden, mit denen fest gerechnet werden kann.

Durch eine moderate Hebesatz-Erhöhung von 340 auf 355 % (4,4 %) ab dem Jahr 2011 soll zum einen das Aufkommen der laufenden Vorauszahlungen um rund 58.000 EUR erhöht werden. Zum anderen werden mit der Erhöhung die Chancen auf Mittel aus dem Ausgleichstock gewahrt, hängt doch die Bewilligung dieser Mittel in starkem Maße auch davon ab, dass „eigene Einnahmen ausgeschöpft werden“, wozu eben auch die Realsteuer-Hebesätze zählen.

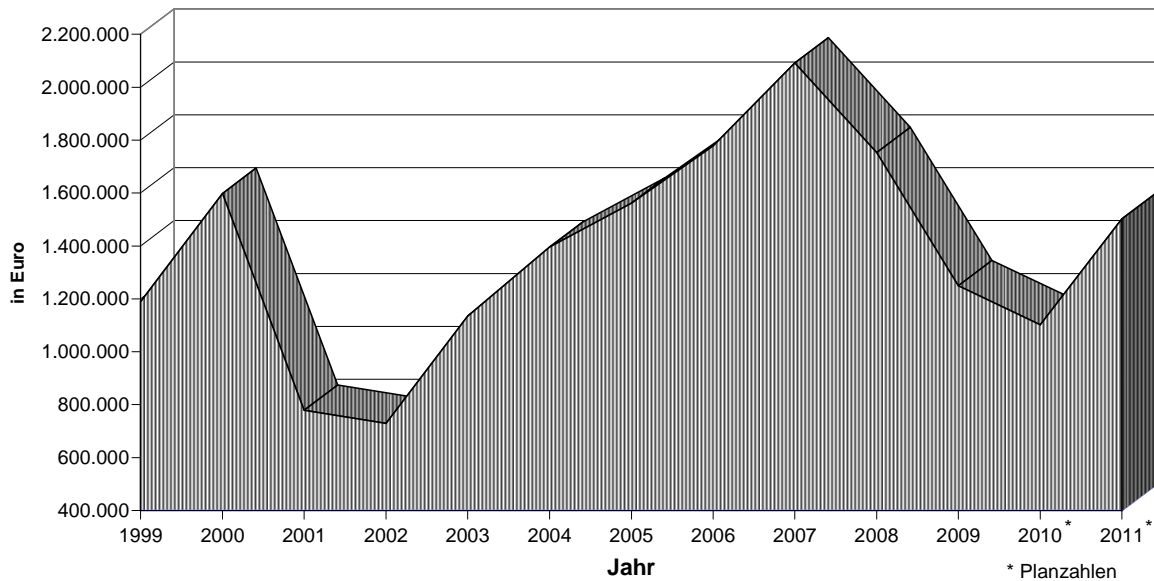
Die durchschnittlichen Hebesätze betragen im Jahr 2010:

- > Rems-Murr-Kreis: 355 Punkte
- > Regierungsbezirk Stuttgart: 370 Punkte
- > Land Baden-Württemberg: 360 Punkte,

wobei davon auszugehen ist, dass mit dem Beschluss über die Haushaltssatzungen 2011 viele Gemeinden ihre Hebesätze anheben werden.

Entwicklung der Gewerbesteuer	
1999	1.186.954 €
2000	1.596.660 €
2001	776.836 €
2002	727.248 €
2003	1.132.245 €
2004	1.394.171 €
2005	1.560.176 €
2006	1.775.885 €
2007	2.088.985 €
2008	1.750.535 €
2009	1.247.918 €
2010	1.100.000 €
2011	1.500.000 €

Entwicklung der Gewerbesteuer 1999 - 2011



Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Zum 01.01.1998 wurde die Gewerbekapitalsteuer als Teil der Gewerbesteuer abgeschafft. Als Ausgleich dafür erhalten die Gemeinden einen Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Der Umsatzsteueranteil für alle Gemeinden beträgt 2,2 v.H. des Umsatzsteueraufkommens. Die Verteilung auf die einzelnen Kommunen erfolgt nach einer Schlüsselzahl.

Für die Städte und Gemeinden in den alten Bundesländern wurde bis zuletzt die für die Jahre 2000 bis 2002 geltende Schlüsselzahl für den Umsatzsteueranteil anhand folgender Bemessungsgrundlagen ermittelt: - Zu 42 % (= 60 v. H. von 70 v. H.) sind die Gewerbesteuer-Isteinnahmen der Jahre 1990 – 1997 maßgebend (1998 wurde ausgeblendet, weil hier bereits die Gewerbekapitalsteuer weggefallen ist); - zu 18 % (= 60 v. H. von 30 v. H.) kommt es auf die durchschnittliche Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne öffentlichen Dienst) in den Jahren 1990 – 1998 an; - zu 40 v. H. kommt es auf eine fiktive Gewerbekapitalsteuer an, die errechnet wird aus dem Messbetrag nach dem Gewerbekapital 1995 multipliziert mit dem Durchschnittshebesatz der Gemeinde der Jahre 1995 – 1998.

Mit dem Jahr 2009 wurde – wie bereits in Vorjahren erwähnt – der Umstieg auf einen „endgültigen“, fortschreibungsfähigen Schlüssel vollzogen. Wie erwartet, wurde der für Rudersberg geltende Schlüssel reduziert, und zwar von 0,0012926 auf 0,0010788. In den kommenden Jahren wird diese Schlüsselzahl noch weiter zurückgehen. Andererseits werden diese Wenigereinnahmen innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs - zumindest teilweise - durch höhere Schlüsselzuweisungen bzw. niedrigere Finanzausgleichsumlage-Belastungen ausgeglichen werden.

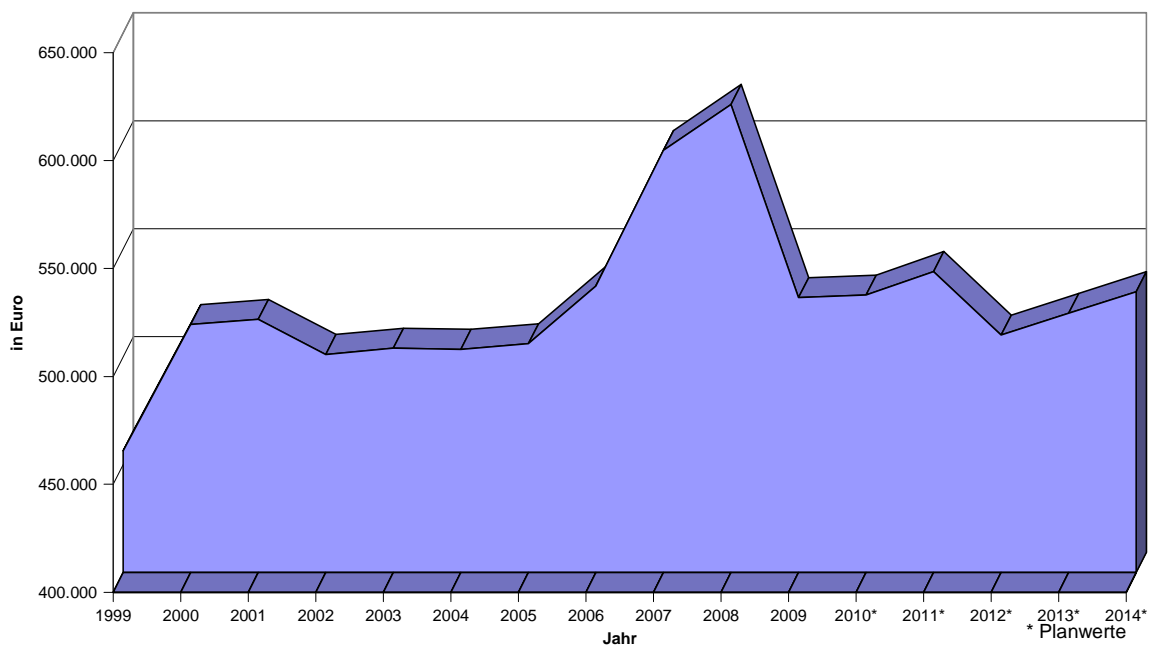
Der Umsatzsteueranteil der Kommunen des Landes Baden-Württemberg wird in 2011 mit 500 Mio. EUR angegeben.

Nach Anwendung der auch für 2011 maßgeblichen Schlüsselzahl errechnet sich ein Umsatzsteueranteil von

539.400 EUR.

Entwicklung des Umsatzsteueranteils			
1999		456.320 €	
2000		514.802 €	
2001		517.223 €	
2002		500.944 €	
2003		503.809 €	
2004		503.315 €	
2005		505.957 €	
2006		532.608 €	
2007		595.524 €	
2008		616.786 €	
2009		527.305 €	
2010		528.500 €	
2011		539.400 €	

Entwicklung des Umsatzsteueranteils 1999 - 2014



Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Nach dem Gemeindefinanzreformgesetz erhalten die Gemeinden einen Anteil von 15. v. H. des Landesaufkommens aus der Lohn- und Einkommensteuer. Für die Aufteilung der Zuweisungen auf die einzelnen Gemeinden werden Schlüsselzahlen festgelegt. Grundlage hierfür ist das örtliche Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer im Verhältnis zum Gesamtanteil aller Gemeinden. Die Schlüsselzahl wurde für den Zeitraum 2009 bis 2011 neu ermittelt.

Die Verteilungsschlüssel wurden auf die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2004 umgestellt. Die Höchstbeträge (sog. Kappungsgrenzen) blieben unverändert bei 30.000 EUR bei Ledigen und 60.000 EUR bei Verheirateten. Konkret heißt dies, dass das zu versteuernde Einkommen bis max. 30 000 bzw. 60 000 EUR bei der Berechnung des Einkommensteueranteils berücksichtigt wird. Der Verteilungsschlüssel für die Gemeinde Rudersberg erhöhte sich am 01.01.2006 von 0,0010441 auf 0,0010641. Seit 01.01.2009 ist die Schlüsselzahl auf 0,0010731 gestiegen.

Allerdings gilt hier entsprechendes wie bei der Umsatzsteuer, wenngleich mit verkehrtem Vorzeichen: Von den Mehreinnahmen, die durch die Erhöhung der Schlüsselzahl ins Gemeindefiskus fließen, werden große Teile innerhalb des Finanzausgleichs nivelliert (niedrigere Schlüsselzuweisungen, höhere Umlagen).

In der November-Steuerschätzung wurde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für Baden-Württemberg vom Finanzministerium auf 3,9 Mrd. EUR angegeben.

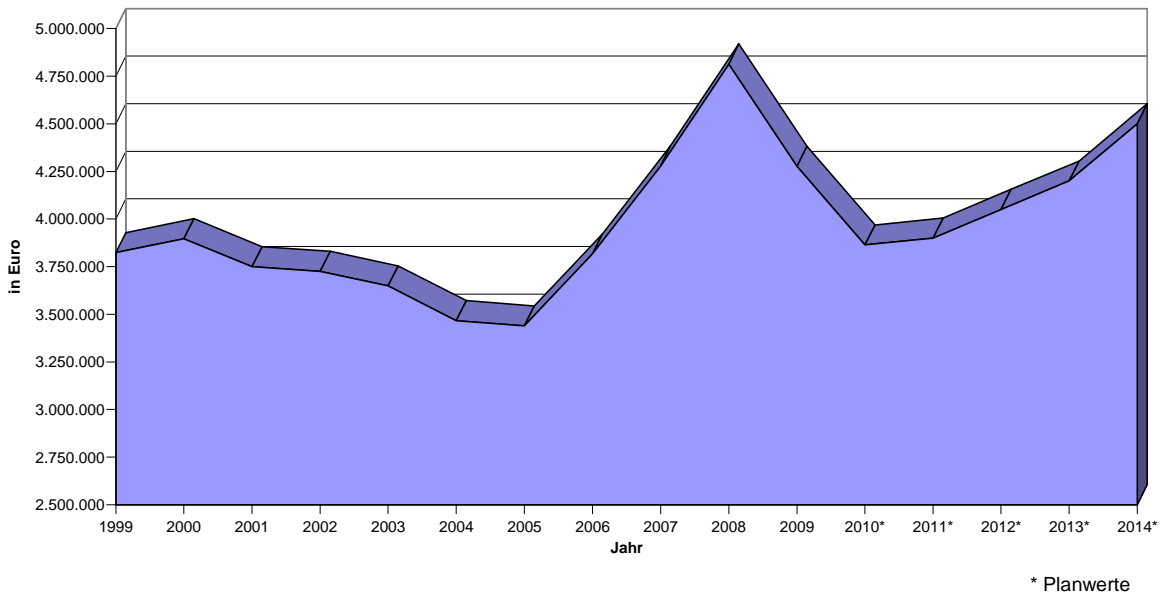
Einkommensteueranteil für die Gemeinde Rudersberg:

3,9 Mrd. EUR x Schlüsselzahl 0,0010731 = **4.185.090 EUR.**

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bleibt – auch mittelfristig – die wichtigste Einnahme der Gemeinde Rudersberg. Es bleibt zu hoffen, dass die Konjunkturdaten positiv bleiben und die Mai-Steuerschätzung 2011 für die Jahre 2011 ff eventuell noch Korrekturen nach oben bringt.

Entwicklung des Einkommensteueranteils			
1999		3.822.837 €	
2000		3.895.975 €	
2001		3.749.278 €	
2002		3.724.938 €	
2003		3.648.155 €	
2004		3.465.653 €	
2005		3.438.302 €	
2006		3.816.898 €	
2007		4.278.834 €	
2008		4.813.023 €	
2009		4.275.992 €	
2010		3.863.000 €	
2011		4.185.100 €	

Entwicklung des Einkommensteueranteils 1999 - 2014



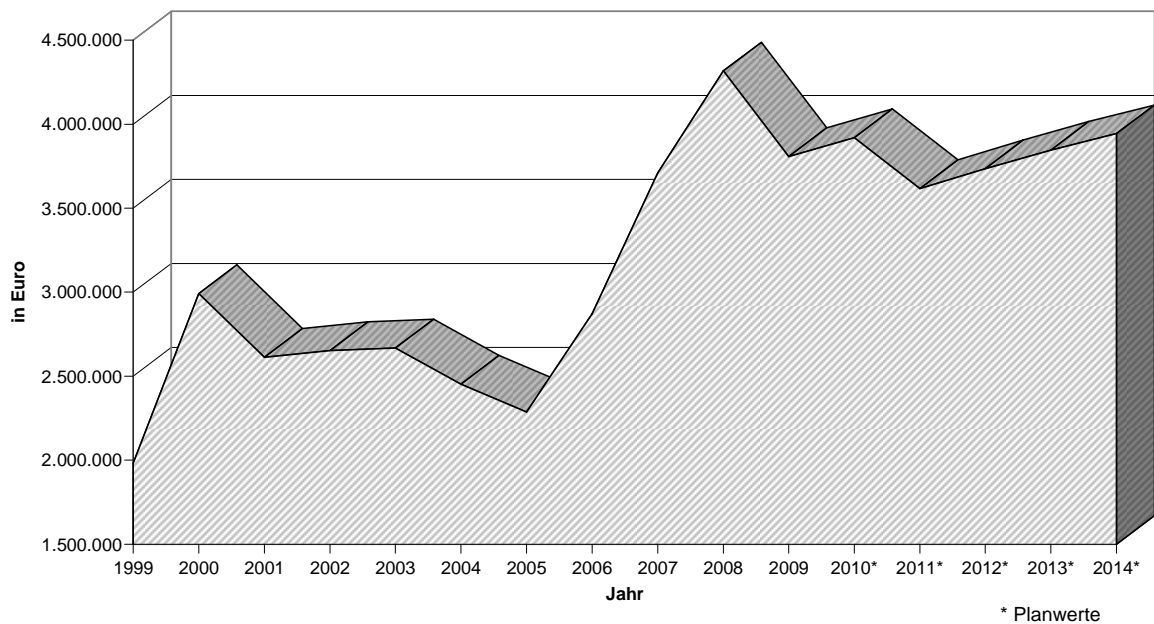
Finanzzuweisungen (Schlüsselzuweisungen, Kommunale Investitionspauschale), Schullasten-, Verkehrslasten-, Familienleistungs- und Kindergartenlastenausgleich

Für die Berechnungen der Finanzzuweisungen 2011 ist die Steuerkraft des Jahres 2009 maßgebend. Die sog. Steuerkraftmesszahl, die sich aus den Ist-Einnahmen der Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer), des Einkommensteueranteils, des Familienleistungsausgleichs und 80 % des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer zusammensetzt, beträgt rund 6,57 Mio. EUR und liegt damit um 917.000 EUR unter der Steuerkraftmesszahl des Vorjahres, die mit rd. 7,49 Mio. EUR den höchsten Wert der vergangenen Jahre erreichte. Höhere Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr und niedrigere Umlagen gegenüber dem Vorjahr müssten „eigentlich“ die Folge sein.

Tatsächlich ist es so, dass die Schlüsselzuweisungen incl. Kommunaler Investitionspauschale gegenüber dem Planansatz 2010 aufgrund zurück gehender Pro-Kopf-Beträge um rd. 303.000 EUR zurückgehen und die Kreisumlage wg. des höheren Umlagesatzes um rd. 99.000 EUR steigt. Nur bei der Finanzausgleichsumlage tritt die erwartete Entlastung ein; diese beträgt rd. 279.000 EUR.

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen incl. Kommunalen Investitionszuschüsse	
1999	1.981.300
2000	2.991.887
2001	2.612.860
2002	2.652.667
2003	2.668.033
2004	2.453.564
2005	2.286.923
2006	2.871.525
2007	3.709.445
2008	4.316.389
2009	3.807.156
2010	3.918.600
2011	3.615.500

Entwicklung der Schlüsselzuweisungen 1998 - 2014



Die Sachkostenbeiträge für (Werk)Real-, Haupt- und Förderschüler werden vom Land ermittelt. Grundlage sind die durchschnittlichen Schulkosten. Davon sollen 90 % durch den Sachkostenbeitrag ausgeglichen werden. Die für das Jahr 2011 geltenden Pro-Kopf-Beträge wurden in den Haushaltsentwurf übernommen, siehe auch Berechnung in Anlage 22.

Pauschale Zuweisungen für den Sportstättenbau werden nicht mehr gewährt. Diese werden seit 2006 in vollem Umfang in einzelfallbezogene Projektförderung investiert. Die Gemeinde Rudersberg hat aus dem Sportförderprogramm zuletzt Zuschüsse für die Schulturnhalle in Rudersberg (49.000 EUR), für das Kleinspielfeld in Steinenberg (30.000 EUR) sowie den Kunstrasenplatz in Schlechtbach (93.000 EUR) erhalten.

Die Zuweisungen für Gemeindeverbindungsstraßen sowie die Zuweisungen zum Bau, Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Verkehrslastenausgleich) können wie im Vorjahr angesetzt werden. Diese Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich werden aus den Kraftfahrzeugsteuereinnahmen finanziert.

Der Familienleistungsausgleich wird als Ersatz dafür bezahlt, dass der Einkommensteueranteil entsprechend geringer ist, seit die Kindergeldzahlungen aus der Einkommensteuer bezahlt werden.

Der Familienleistungsausgleich wird entsprechend den Schlüsselzahlen für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf die Gemeinden aufgeteilt. Den Gemeinden werden voraussichtlich 380 Mio. EUR zufließen.

Familienleistungsausgleich für die Gemeinde Rudersberg:

380 Mio. EUR x Schlüsselzahl 0,0010731 = **407.778 EUR.**

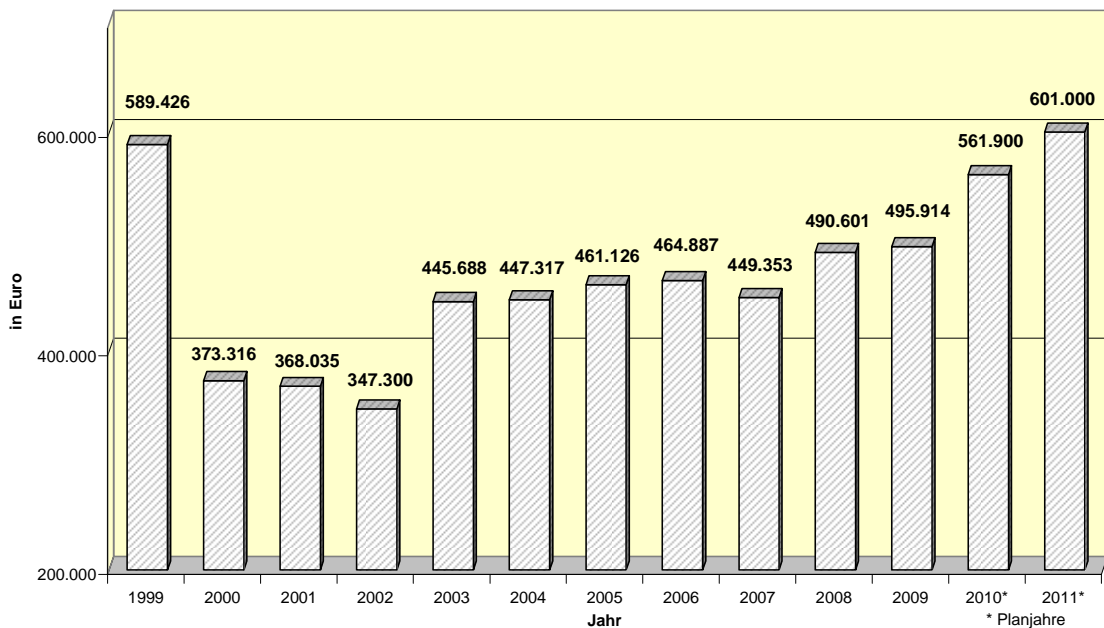
Zu guter letzt erhalten die Gemeinde noch Zuweisungen innerhalb des sog. Kindergartenlastenausgleichs. Die Berechnung ist in Anlage 11-3 zum Haushaltsplan aufgeführt. Die Gemeinde Rudersberg erhält hieraus einen Betrag mit 431.000 EUR (+ 9.000 EUR gegenüber 2010).

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb (Hauptgruppe 1)

Hierunter werden neben den Gebühren, Miet- und Pachteinnahmen, Holzerlösen und sonstigen Verkaufserlösen auch die Erstattungen für Ausgaben des Verwaltungshaushalts und die Zuwendungen für laufende Zwecke erfasst.

Betragsmäßig größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich im Bereich der Personalausweise sowie bei den Mieteinnahmen, die nach längerer Zeit wieder angehoben wurden.

Entwicklung der Gebühren und Entgelte 1999 - 2011



Miet- und Pachteinnahmen sind insgesamt veranschlagt mit rund 225.600 EUR (VJ: 208.000 EUR), siehe Anlage 7.

Die Holzerlöse werden mit 216.000 EUR angesetzt (VJ: 196.000 EUR) Der Betriebsplan 2011 für den Gemeindewald wurde vom Gemeinderat bereits am 09.11.2010 beschlossen.

Bei den Zuweisungen für laufende Zwecke sind – wie bereits erwähnt – die Zuwendungen für Verkehrs- und Schullasten sowie die Zuwendungen im sog. Kindergartenlastenausgleich enthalten.

Sonstige Finanzeinnahmen (Hauptgruppe 2)

Hierzu gehören die Zinseinnahmen sowie die Konzessionsabgaben. Ebenfalls werden hier die kalkulatorischen Einnahmen (Innere Verrechnungen) veranschlagt.

Die Zinseinnahmen aus kurzfristig angelegten Geldern wurden mit nurmehr 60.000 EUR (VJ: 75.000 EUR) veranschlagt. Hinzu kommen Zinsen mit rund 20.900 EUR aus Darlehen der Gemeinde an den Eigenbetrieb Gemeindewerke, das aus heutiger Sicht noch bis 2012 gewährt bleiben kann. Weitere Zinseinnahmen mit rund 300.300 EUR bringen die gewährten Darlehen an den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung.

Die Konzessionsabgabe, die von der EnBW und der Süwag (Ortsteile Necklinsberg und Mannenberg) für das Recht zur Durchführung von Leitungen auf Gemeindegebiet bezahlt wird, ist ein verlässlicher Einnahmeposten. Sie wird mit 330.000 EUR (VJ: 312.000 EUR) veranschlagt und betrifft die Bereiche Strom und Gas. Wie in den Vorjahren ebenfalls eingerechnet ist eine Konzessionsabgabe der Gemeindewerke (Betriebszweig Wasserversorgung) über 80.000 EUR.

Die kalkulatorischen Einnahmen einschließlich der Inneren Verrechnungen wurden mit rund 2,263 Mio. EUR. veranschlagt. Der sog. kalkulatorische Zinssatz wurde nach einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt und einem Beschluss des Gemeinderats vom 06.12.2008 von zuvor 6,0 % mit Wirkung ab 2008 auf 5,25 % zurückgenommen.

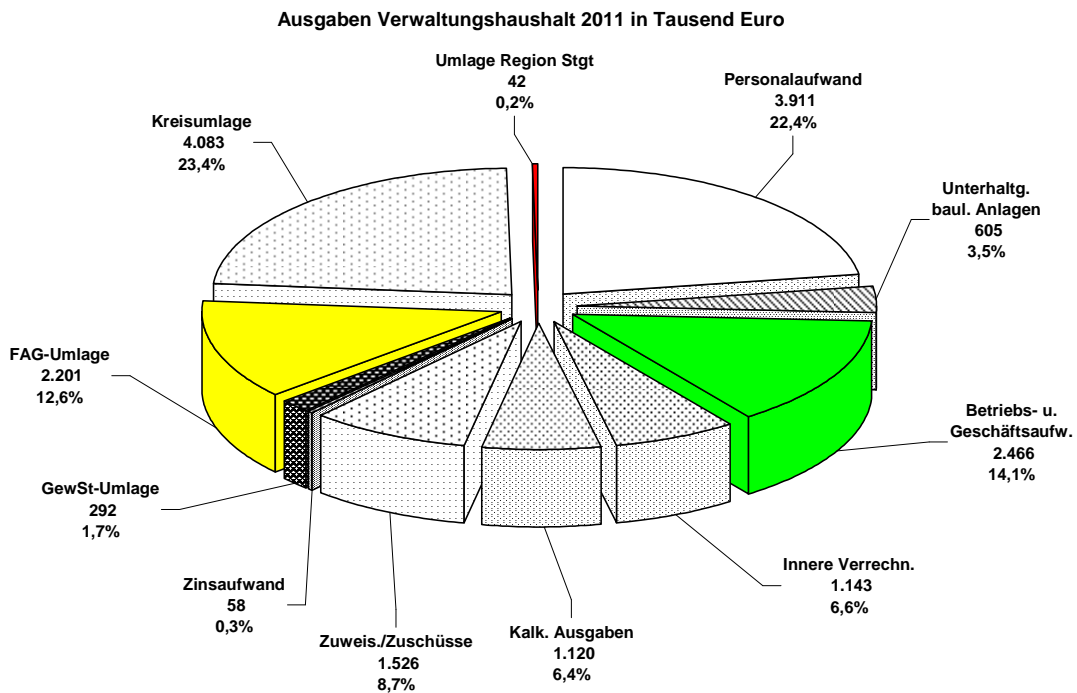
Die kalkulatorischen Einnahmen werden im Verwaltungshaushalt in Einzelplan 9 gebucht. Sie stellen einen reinen Verrechnungsposten dar, der bei der jeweiligen kostenrechnenden Einrichtung in der Form der Abschreibung und der Verzinsung des Anlagekapitals als Ausgabe veranschlagt ist.

Dasselbe gilt für die Inneren Verrechnungen. Die Inneren Verrechnungen sind ebenfalls Planmittel, die nicht nach außen fließen. Die einzelnen Verwaltungsleistungen und die Bauhofleistungen werden in Geld bewertet und dem jeweiligen Bereich, der die Verwaltungsleistung oder Bauhofleistung in Anspruch nimmt, zugerechnet. Primär wird die Verrechnung der Verwaltungsleistungen bei kostenrechnenden Einrichtungen vorgenommen.

Die unentgeltliche Benutzung der öffentlichen Einrichtungen durch Vereine und Institutionen sind ebenfalls über innere Verrechnungen abgebildet. Diese Benutzung wurde in Geld bewertet und über Verrechnungen im Haushalt abgebildet. Dadurch wird deutlich, dass die Vereinsförderung nicht bloß über Geldleistungen in Form von Vereinszuschüssen erfolgt, sondern auch durch das Bereitstellen der zahlreichen öffentlichen Einrichtungen.

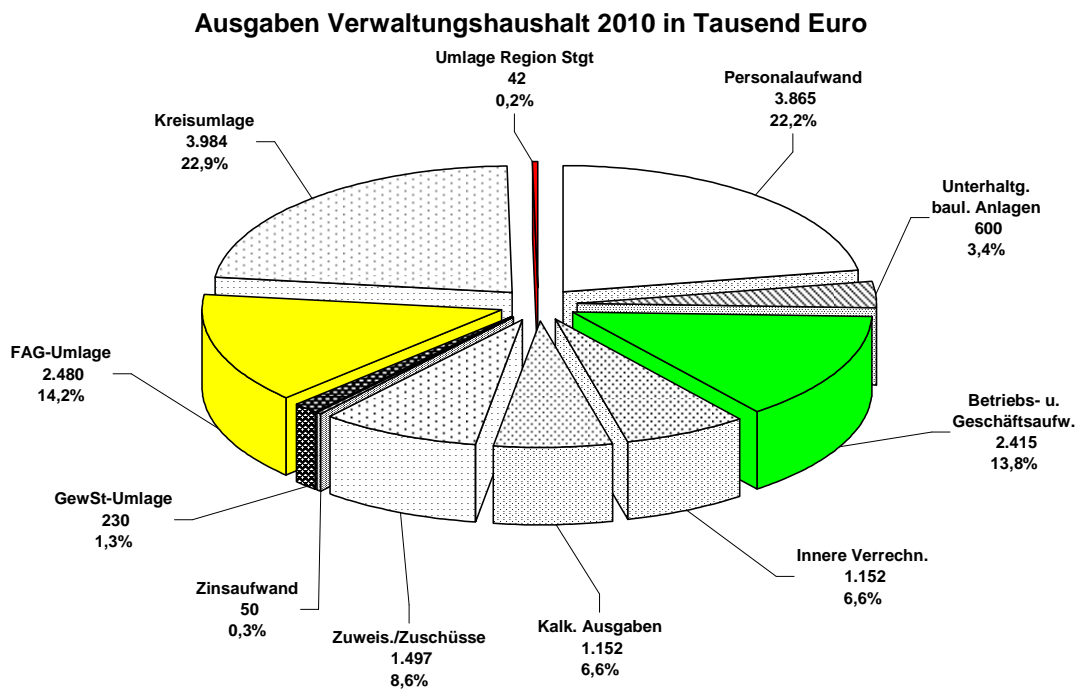
Die kalkulatorischen Kosten werden bislang ebenfalls primär bei den kostenrechnenden Einrichtungen dargestellt. Im Zuge der Einführung des neuen Kommunalen Haushaltsrechts (NKHR) wird das gesamte kommunale Vermögen bewertet und die Abschreibungen für das gesamte Vermögen abgebildet werden müssen. Für die Erstellung der Eröffnungsbilanz wurde eine Übergangszeit bis ins Jahr 2016 eingeräumt.

Verwaltungshaushalt - Ausgaben



Die Globale Minderausgabe in 2011 mit 175 TEUR (in 2010 mit 173 TEUR) wurde beim Betriebs- und Geschäftsaufwand berücksichtigt.

Zum Vergleich noch einmal die Ansätze des Vorjahres:



Personalausgaben (Hauptgruppe 4)

Die Personalausgaben ergeben sich aus dem Stellenplan, vgl. Anlage 1.

Die Personalausgaben steigen von 3,865 Mio. EUR (HH-Ansatz 2010) auf 3,911 Mio. EUR im Jahr 2011 (+ 1,2 % bzw. 46.500 EUR) an.

Bei den Beschäftigten (früher: Angestellte und Arbeiter) konnten die Vereinbarungen des derzeitigen Tarifvertrags (Mindestlaufzeit bis 29.02.2012) übernommen werden. Bei der Krankenversicherung wurde ein Satz mit 15,5 % zugrunde gelegt, bei der Arbeitslosenversicherung ein Satz mit 2,8 % und bei der Rentenversicherung ein Satz mit 19,9 %.

Bei den Beamten wurde eine Steigerung mit 2,0 % angenommen.

Besonders ins Gewicht fällt erneut die Steigerung bei der Allgemeinen Umlagen an den Kommunalen Versorgungsverband (für aktive Beamte und Ruhestandsbeamte): Sie steigt von 272.250 EUR im Haushalt 2010 auf 311.000 EUR im Haushalt 2011 an (+ 14,2 % bzw. 38.750 EUR) und macht somit den wesentlichen Teil der Steigerung bei den Personalausgaben aus. Erkennbar wird dies primär in den höheren Personalausgaben-Ansätzen des Hauptamts, der Kämmerei und des Bauamts.

Im Bereich der offenen Jugendsozialarbeit sieht der Haushaltsplan 2011 erstmals wieder eigenes Personal vor. Unser bisheriger Jugendsozialarbeiter, der bei der Gemeinde Groß-erlach angestellt ist und für den die Gemeinde Rudersberg Kostenersatz für eine 80%-Stelle leistet, soll durch eine Teilzeitkraft (50%) unterstützt werden (vorgesehener HH-Ansatz 2011: 15.000 EUR).

Im Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung ist eine Erhöhung des Stundenumfangs von 60 % auf 70 % in den Stellenplan bzw. Haushalt eingearbeitet. Der Gemeinderat hat in seinen Haushaltsplanberatungen überdies beschlossen, für den Bereich der Wirtschafts- und Tourismusförderung eine weitere 50%-Stelle zu schaffen.

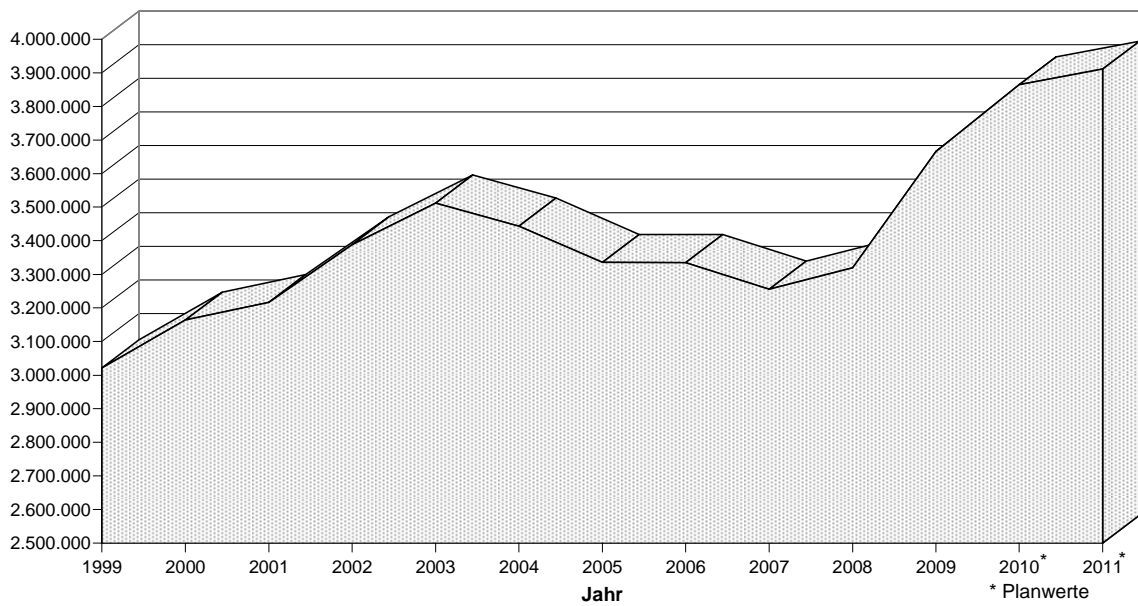
Beim Bauhof konnte der Ansatz 2011 gegenüber dem Jahr 2010 um rd. 15.000 EUR zurückgenommen werden, da eine Altersteilzeit-Regelung ausläuft. Im Bereich der Kindergärten (Mörikeweg, Klaffenbach und Asperglen) gehen die Ansätze ebenfalls zurück. Dies liegt daran, dass die Ansätze des Jahres 2010 bzw. die finanziellen Auswirkungen des TVÖD für den Sozial- und Erziehungsdienst zu hoch kalkuliert wurden.

Abschließend sei erwähnt, dass der neue Schulhausmeister in Rudersberg Anfang Januar 2011 seine neue Stelle antreten wird.

Der Personalkostenaufwand 2011 entspricht 22,4 % (Vorjahr lag bei 22,1 %) des Volumens des Verwaltungshaushalts.

Entwicklung der Personalausgaben	
1999	3.021.735
2000	3.163.649
2001	3.216.723
2002	3.388.845
2003	3.512.516
2004	3.443.529
2005	3.335.656
2006	3.334.873
2007	3.256.196
2008	3.319.119
2009	3.665.419
2010	3.864.500
2011	3.911.000

Entwicklung der Personalausgaben 1999 - 2011



Zu den Personalausgaben vgl. auch Anlage 2 zum Haushaltsplan.

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Hauptgruppe 5/6)

Hierzu gehören die Aufwendungen für Unterhaltungen, Geräte, Ausstattungen, Bewirtschaftungskosten und Geschäftsausgaben. Rechnet man die Inneren Verrechnungen sowie die kalkulatorischen Kosten heraus, entwickeln sich die Beträge wie folgt:

Ansatz 2011: 3.240.950 EUR

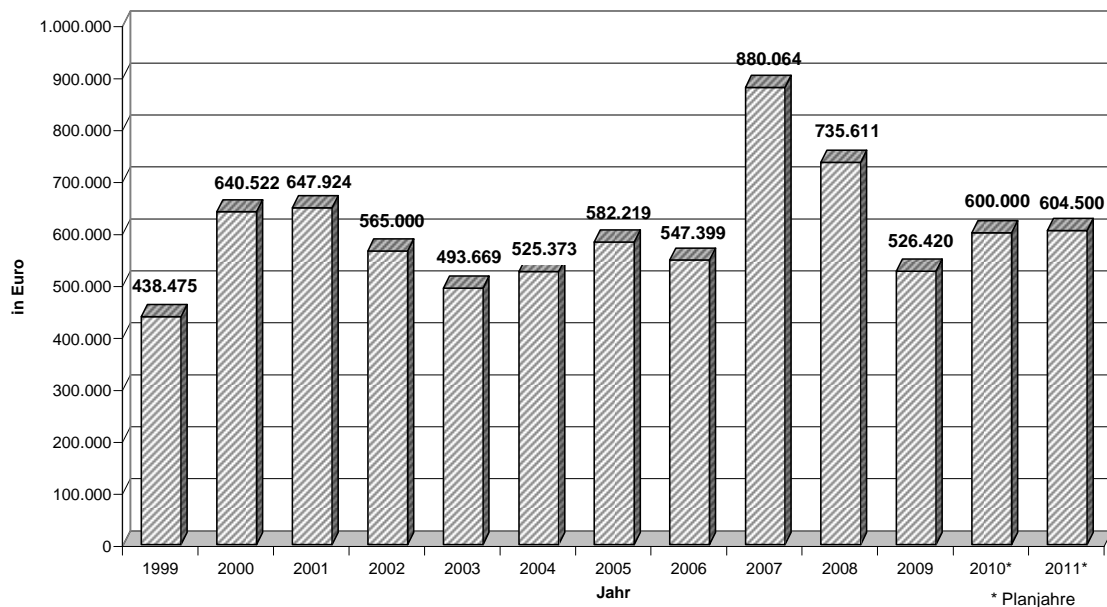
Ansatz 2010: 3.183.950 EUR

d.h. der Ansatz steigt um 57.000 EUR bzw. knapp 1,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Zu einzelnen wesentlichen Ausgabeblöcken:

1. Unterhaltungskosten:

Entwicklung der Unterhaltungskosten 1999 - 2011



Die Unterhaltungskosten setzen sich wie folgt zusammen:

	2010	2011
Gebäudeunterhaltung (Grupp. 5010) incl.		
Unterhaltung Sportanlagen Schulzentrum	303 TEUR	267 TEUR
Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	25 TEUR	35 TEUR
weitere Unterhaltungsmaßnahmen	101 TEUR	98 TEUR
Straßen- und Feldwegeunterhaltung	106 TEUR	124,5 TEUR
Stufenprogramm	65 TEUR	80 TEUR
Summe	600 TEUR	604,5 TEUR

Der Ansatz bei der Gebäudeunterhaltung kann um 36 TEUR reduziert werden, da in 2010 nicht alle Mittel bewirtschaftet wurden. Der Übertrag von in 2010 nicht ausgeschöpften Mitteln in das Jahr 2011 ist notwendig (HH-Reste). Wegen Einzelheiten zu den (Gebäude)-Unterhaltungsmaßnahmen wird auf Anlage 6 zum Haushaltsplan verwiesen.

Bei der Straßen- und Feldwegeunterhaltung wurde der Ansatz im Jahr 2010 um 15 % gekürzt. Diese Kürzung wird mit dem Haushalt 2011 wieder rückgängig gemacht, der Ansatz in 2011 steigt daher um 18.500 EUR. Beim Stufenprogramm wird der Ansatz 2011 um 15.000 EUR gegenüber dem Vorjahr erhöht. Zusammen mit den in 2010 nicht abgeflossenen Mitteln stehen in 2011 damit Gelder zur Verfügung, um die dringlichsten Maßnahmen in der Straßen- und Feldwegeunterhaltung durchführen zu können.

2. Sammelnachweis Geschäftsausgaben

Es sind 160.000 EUR und damit 23.000 EUR mehr als im Vorjahr veranschlagt, siehe Anlage 4 zum Haushaltsplan.

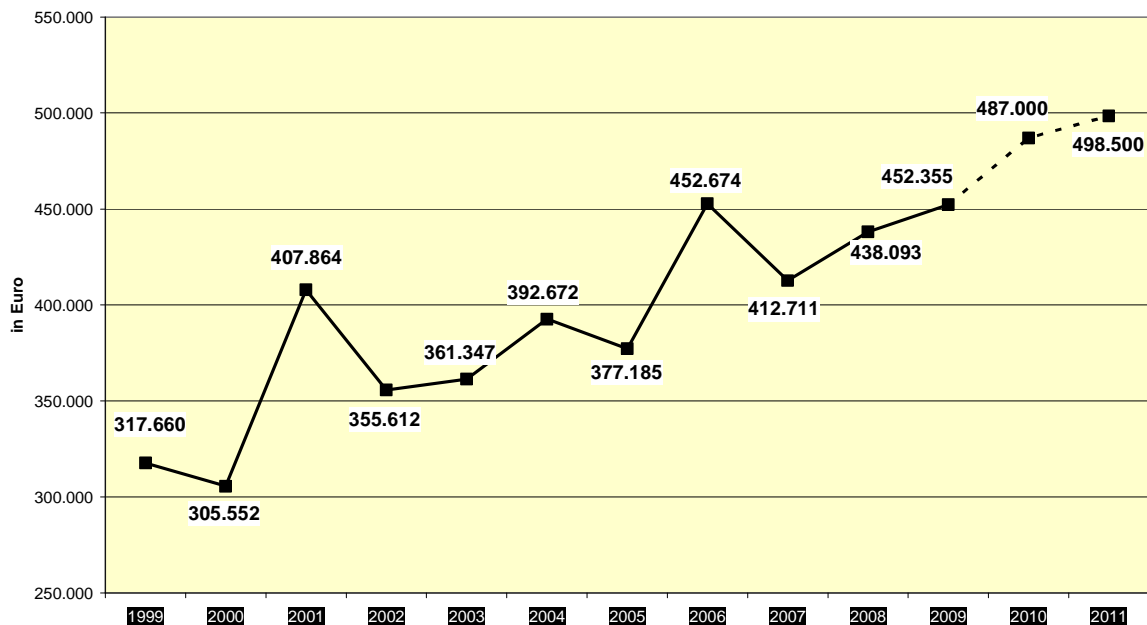
Allein 20.000 EUR davon entfallen auf den Bereich des Meldewesens (Einführung des neuen Personalausweises). Diesem Mehraufwand stehen allerdings auch Mehreinnahmen bei den Verwaltungsgebühren gegenüber.

Die Ansätze für Telefonkosten steigen wg. DSL-Anschlüssen an den Schulen und den Kindergärten.

Zur Entwicklung der Geschäftsausgaben in den letzten Jahren siehe auch Anlage 4.

3. Sammelnachweis Bewirtschaftungskosten

Entwicklung der Bewirtschaftungskosten 1999 - 2011



Für Bewirtschaftungskosten für gemeindliche Einrichtungen ist im Haushalt 2011 ein Ansatz von 498.500 EUR eingeplant, vgl. dazu auch Anlagen 3 zum Haushaltsplan.

Gegenüber dem Vorjahresansatz mit 487.000 EUR bzw. dem Rechnungsergebnis 2009 mit rd. 452.000 EUR ist bei den Bewirtschaftungskosten somit ein Anstieg eingearbeitet. Wie bereits im Zusammenhang mit den Informationen zur Einführung der gesplitteten Abwassergebühr erwähnt, wird ein Teil der gemeindlichen Liegenschaften mit stark versiegelten Flächen (Schulen, Kindergärten, Gemeindehallen, Rathaus und Ortsämter u.v.m.) einen Mehraufwand bei den Abwassergebühren zu schultern haben. Die anderen Kosten innerhalb des Sammelnachweises Bewirtschaftungskosten (Heizung, Strom, Reinigung, Versicherungen) dürfte sich nicht wesentlich verändern. Zwar steigen durch den Erwerb neuer Liegenschaften (z.B. Dr.Hockertz-Str. 27) und durch neue Angebote (z.B. Jugendhaus) die Bewirtschaftungskosten an. Andererseits müsste es z.B. im Schulzentrum durch die umfangreichen Investitionen des Jahres 2010 (energetische Sanierung) auch Entlastung geben.

Neben dem erneuten Appell an alle bewirtschaftenden Stellen und Verantwortlichen vor Ort, sparsam mit der Energie umzugehen, beabsichtigt die Verwaltung, die Erkenntnisse des vorliegenden Energieberichts zu nutzen, um Schwachstellen gezielt zu lokalisieren und Maßnahmen nach noch festzulegenden Prioritäten (sicher auch im investiven Bereich) einleiten zu können. Auch deshalb sind im Vermögenshaushalt 2011 Mittel mit 30.000 EUR für das Schulzentrum und 10.000 EUR für die Gemeindehalle und Schule in Steinenberg eingestellt, um Heizungskonzepte für diese beiden Einrichtungen zu entwickeln, wie anstehende Sanierungsmaßnahmen im Heizungsbereich aussehen sollen.

Nicht allein wegen den hohen Energiekosten, sondern auch aus ökologischer Sicht sollte die Gemeinde aus ihrer Vorbildfunktion heraus die Möglichkeit des Einsatzes weiterer regenerativer Energien prüfen. Einen Beitrag dazu leisten die beiden Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern des Schulzentrums und des Rathauses, ebenso der Bezug von Ökostrom bei den beiden Eigenbetrieben sowie die Vermietung von Dachflächen auf dem Feuerwehrgerätehaus in Rudersberg und dem Ortsamt in Asperglen an einen privaten Investor zur Installation von PV-Anlagen.

Welche Veränderungen gibt es beim sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand noch zwischen den Jahren 2010 und 2011 (Beträge > 4.000 EUR)

> Aufwand für Landtagswahl (Einnahmen stehen gegenüber)	+ 10.000 EUR
> Einführung Elektronisches Personenstandsregister (Standesamt)	+ 4.000 EUR
> Lebensmittel Mensabetrieb am Schulzentrum	+ 5.000 EUR
> Kosten für die Schülerbeförderung (mit teilweiser Kostenerstattung)	+ 5.000 EUR
> Erstattungen an Schulverband Vorderweißbuch	+ 12.150 EUR
> Sportentwicklungsplanung (Umschichtung in VermHH)	- 30.000 EUR
> Sportplatzpflege Kunstrasenplatz	+ 4.500 EUR
> Aufwand der Bauleitplanung, Vermessung, Abmarkung	- 23.000 EUR
> Rückgang Stromkosten Straßenbeleuchtung	- 5.000 EUR
> Beschaffung von Streusalz	+ 5.000 EUR
> Schutzkleidung Bauhof (Neu-Einkleidung 2010)	- 10.000 EUR
> Stadtmarketing (Einnahmen stehen gegenüber)	+ 10.000 EUR
> Holzfällung – und Aufbereitung (siehe auch höhere Einnahmen)	+ 10.600 EUR
> unentgeltliche Wertabgabe in steuerpflichtigen Einrichtungen	+ 13.900 EUR

Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 7)

Der Ansatz im Plan 2011 beträgt 1.526.450 EUR und liegt damit um 29.450 EUR über dem Vorjahresansatz.

Folgende Bereiche sind dafür ursächlich (Beträge > 2.500 EUR):

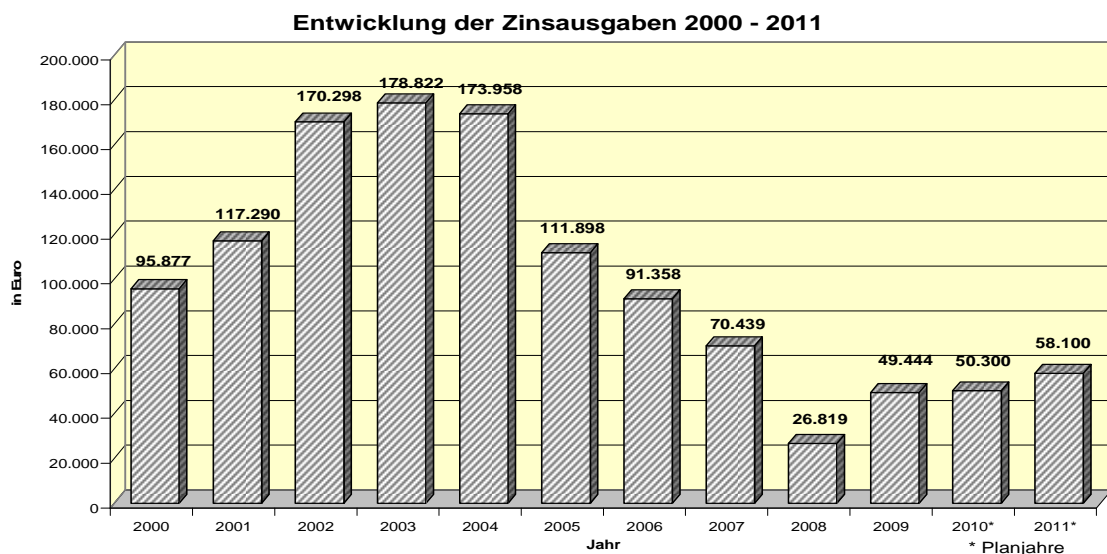
> Vereinsförderung Musikvereine	UA 3320	+ 2.500 EUR
> Jugendsozialarbeit; Kostenerstattung Gde Großarlach	UA 4600	+ 3.600 EUR
> Zuschüsse an Kommunen für Kinder in auswärtigen Kindergärten	UA 4640	+ 5.000 EUR
> Zuschüsse an kirchl. Kindergarten-Träger	UA 4640	+ 33.000 EUR
> Zuschüsse für Tagesmütter(vereine)	UA 4700	+ 5.000 EUR
> Vereinsförderung Sportvereine	UA 5500	+ 6.000 EUR
> Ausgleich Gemeindewerke	UA 5720	+ 20.500 EUR
> Umlage an Wasserverband Wieslaufthal	UA 6900	+ 3.000 EUR
> Zweckverband Wieslaufthalbahn	UA 7920	- 49.400 EUR

Bereits an dieser Stelle sei erwähnt, dass die Umlage an den Zweckverband Wieslaufthalbahn in den kommenden Jahren wieder stark steigen wird - ein Kostenblock, den es zu diskutieren gilt, um kostengünstigere Finanzierungsmöglichkeiten für Rudersberg zu finden.

Sonstige Finanzausgaben (Hauptgruppe 8)

Hierzu zählen neben den Zinsausgaben insbesondere auch die Umlagen an Kreis und Land.

Der Zinsaufwand beinhaltet neben den Darlehenszinsen auch Zinsen an die Eigenbetriebe aus der internen Verzinsung nicht benötigter Kassenmittel. Neue Kredite im Jahr 2011 (siehe Kreditermächtigung mit 145.800 EUR) würden bedeuten, dass auch wieder höhere Mittel für Zinsaufwand bereitgestellt werden müssten. Der Haushaltsvollzug (mit dem Zufluss der erwarteten Steuereinnahmen) wird zeigen, inwieweit neue Kredite in 2011 tatsächlich aufgenommen werden sollen.

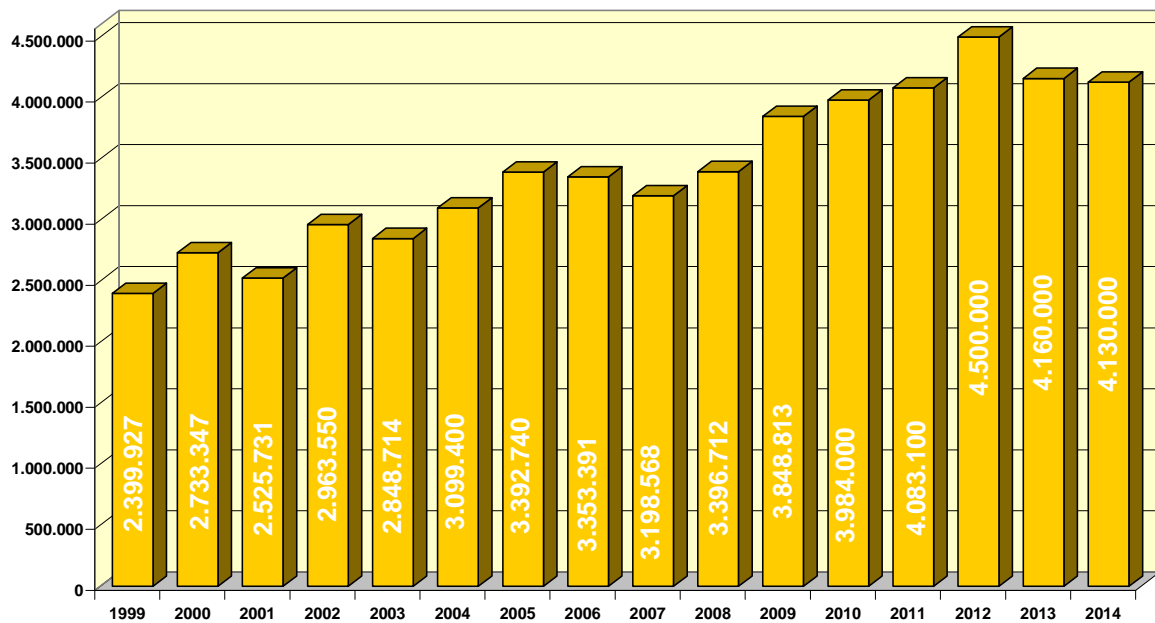


Zu den Umlagen:

Die Umlage an den Verband Region Stuttgart kann nahezu unverändert bei 41.600 EUR angesetzt werden.

Die Kreisumlage beträgt im kommenden Jahr 4,083 Mio. EUR (Umlagesatz 41,0 %) und liegt um rd. 99.000 EUR über dem Vorjahresansatz (3,984 Mio. EUR).

Entwicklung der Kreisumlage 1999 bis 2014

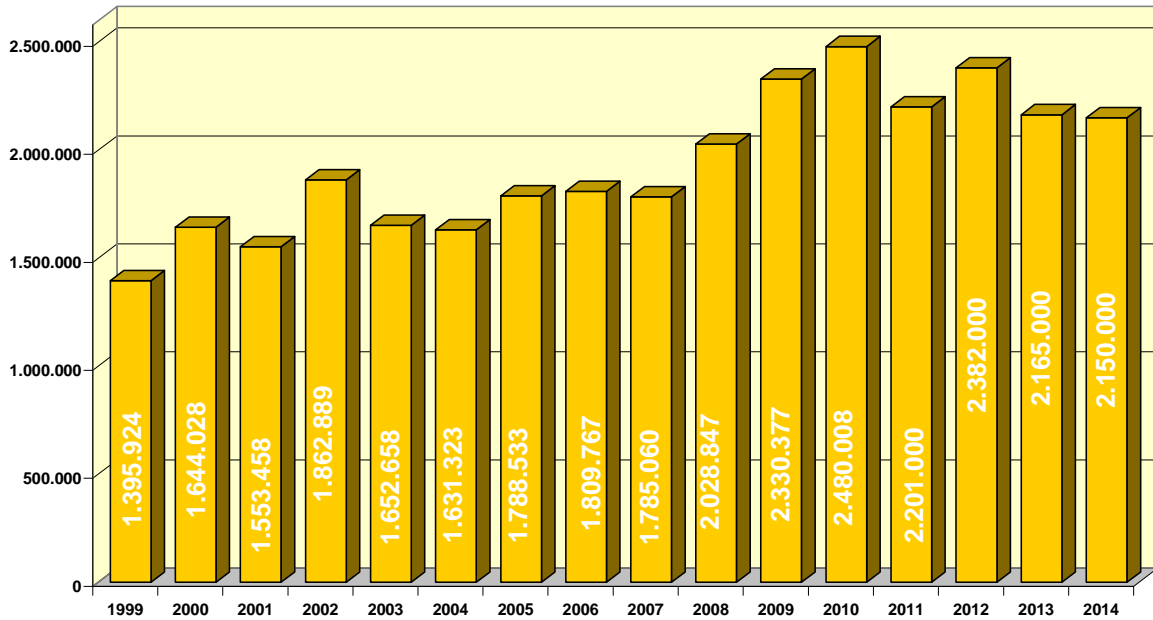


Entwicklung der Hebesätze im Rems-Murr-Kreis in den letzten Jahren:

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
35,7	34,0	33,25	32,75	35,25	40,8	42,15	40,95	39,6	37,0	36,5	35,5	41,0

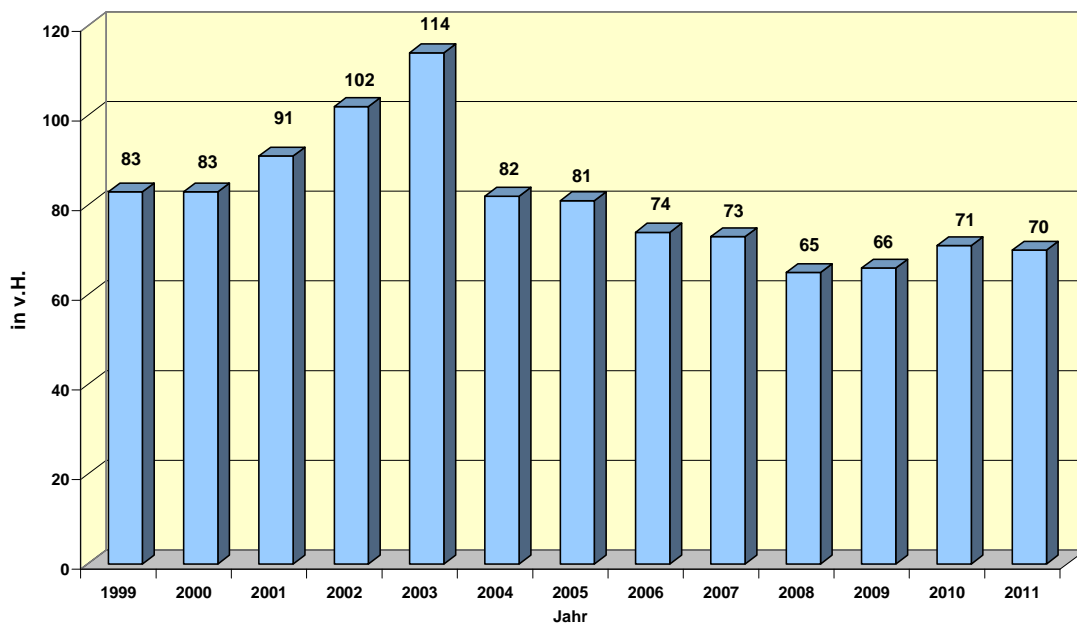
Die Finanzausgleichsumlage beträgt 2,201 Mio. EUR und liegt damit um 279.000 EUR niedriger als im Vorjahr (2,480 Mio. EUR).

Entwicklung der FAG-Umlage 1999 bis 2014



Die Gewerbsteuerumlage belief sich im Jahr 2010 auf 71 Punkte. Für das Jahr 2011 ist eine Reduzierung auf 70 Punkte vorgesehen.

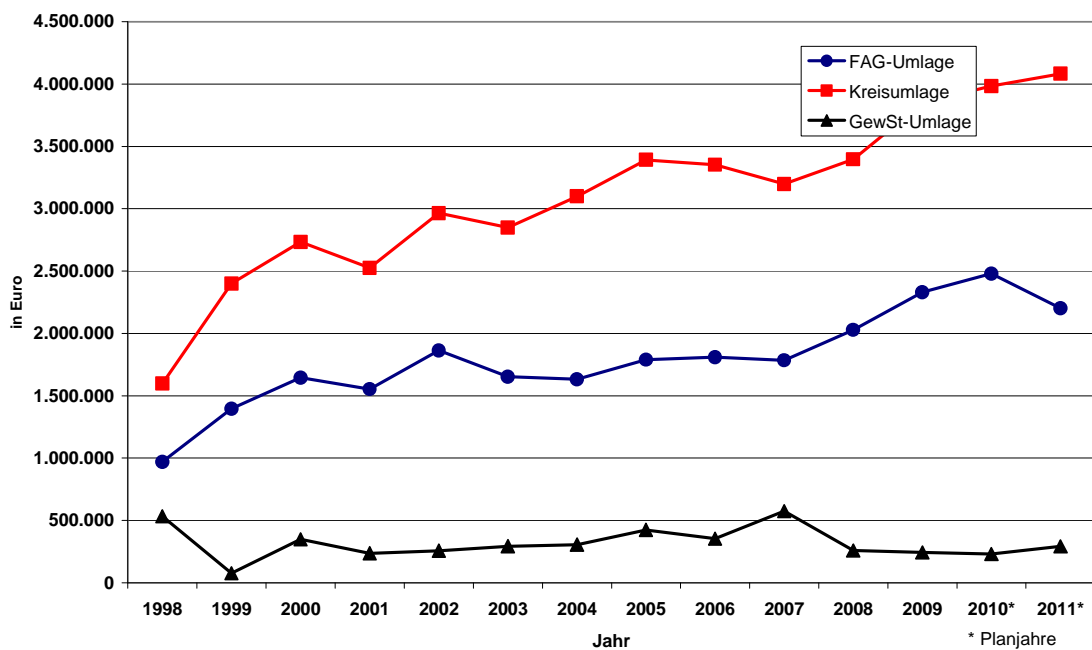
Entwicklung des Gewerbsteuerumlagesatzes 1998 - 2011



Die nachstehende Tabelle und die zugehörige Grafik zeigen die Entwicklung der wichtigsten Finanzumlagen der letzten Jahre.

	FAG-Umlage	Kreisumlage	GewSt-Umlage
1998	969.347	1.597.546	533.612
1999	1.395.924	2.399.927	75.506
2000	1.644.028	2.733.347	347.540
2001	1.553.458	2.525.731	236.115
2002	1.863.350	2.963.550	256.300
2003	1.652.658	2.848.714	293.364
2004	1.631.323	3.099.316	304.726
2005	1.788.533	3.392.700	422.824
2006	1.809.767	3.353.391	352.431
2007	1.785.050	3.198.568	575.060
2008	2.028.847	3.396.712	258.003
2009	2.330.377	3.848.813	242.722
2010*	2.480.000	3.984.000	229.700
2011*	2.201.000	4.083.100	291.700
	*Planjahre		

Entwicklung der Umlagen 1998 - 2011



Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt / an den Verwaltungshaushalt

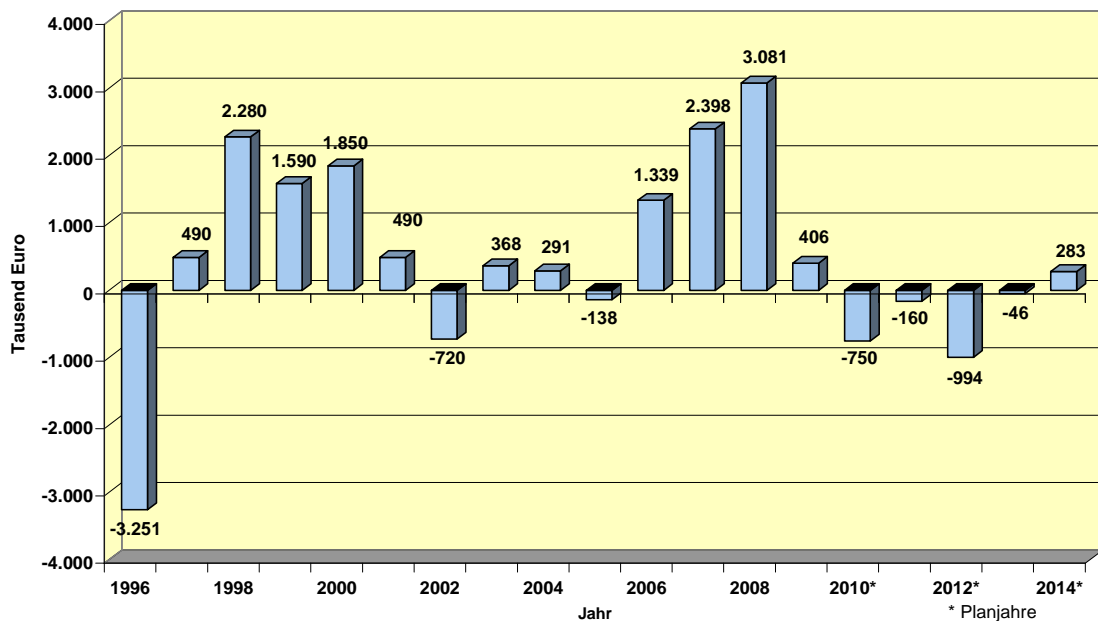
Der Verwaltungshaushalt kann trotz des erfreulichen konjunkturellen Aufschwungs und den damit verbundenen Steuermehreinnahmen keinen Überschuss erwirtschaften, d.h. die laufenden Ausgaben sind – trotz der Beibehaltung der Haushaltsdisziplin – nach wie vor höher als die laufenden Einnahmen. Eine negative Zuführungsrate in 2011 ist unabwendbar.

Allerdings konnte diese negative Zuführungsrate im Vergleich zu den Erwartungen vor einem Jahr von 948 TEUR auf 160 TEUR gedrückt werden (Verbesserung mit 788 TEUR).

Grundvoraussetzung ist die Beibehaltung der Globalen Minderausgabe, die in 2011 mit 175.000 EUR erneut in den Haushaltsentwurf eingearbeitet wurde. Da im Beratungsverfahren zum Haushalt 2011 keine konkreten Einsparungen beschlossen wurden, stimmte der Gemeinderat – wie im Jahr 2010 – einer Haushaltssperre mit 8 % der konsumtiven Ausgaben zu, die es während des Haushaltsvollzugs zu erwirtschaften gilt.

Einen großen Teil zur Verbesserung der Situation tragen mit rd. 403 TEUR die Mehreinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, bei den Schlüsselzuweisungen sowie beim Familienleistungsausgleich bei. Bei der Gewerbesteuer werden Mehreinnahmen von netto rd. 335 TEUR erwartet, darunter ein Betrag von rd. 58.00 EUR, der aus der Erhöhung des Hebesatzes von 340 auf 355 Punkte resultiert.

Entwicklung der Zuführungsrate 1996 - 2014



Netto-Investitionsrate (Zuführungsrate abzüglich Tilgung)

Die Netto-Investitionsrate 2011 beträgt minus 244.000 EUR.

Vermögenshaushalt

Das Gesamtvolumen des Entwurfs des Vermögenshaushalts 2011 beträgt 2.596.800 EUR.

Die Einnahmen-Seite setzt sich wie folgt zusammen:

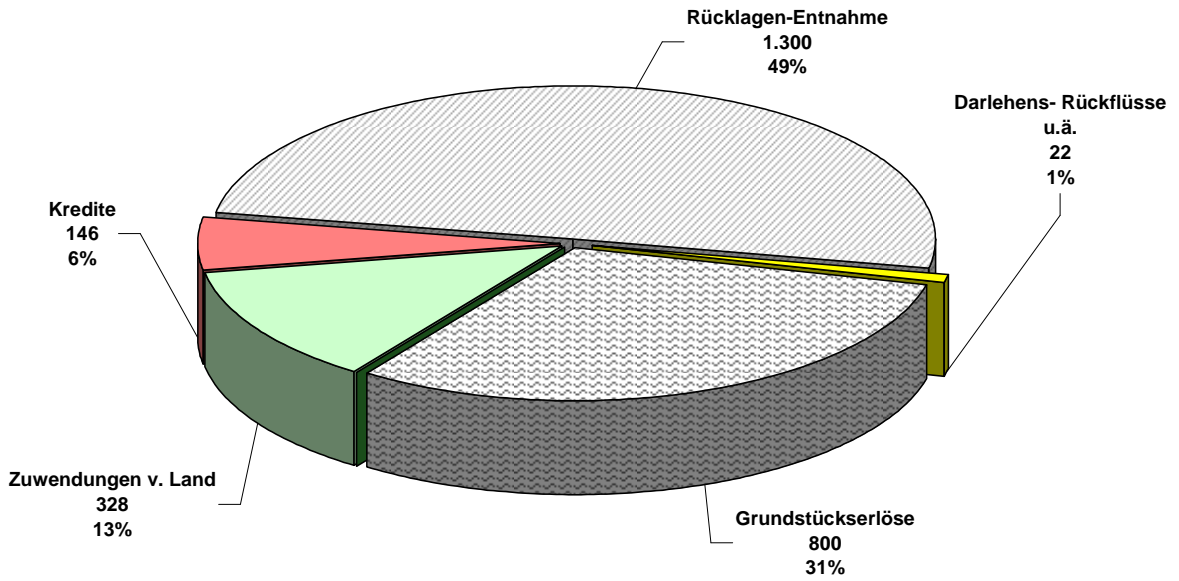
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	0 EUR
Grundstückserlöse	800.000 EUR
Rücklagen-Entnahme	1.300.000 EUR
Kreditaufnahme	145.800 EUR
Darlehensrückflüsse, sonstiges	22.500 EUR
Vorgesehene Landeszuwendungen	328.500 EUR

Mit der Rücklagen-Entnahme, mit den hohen Grundstückserlösen, mit Landeszuschüssen und nicht zuletzt einer etwaigen Kreditaufnahme sollen – neben dem Ausgleich des Verwaltungshaushalts mit 160.000 EUR – zum einen Pflichtaufgaben wie z.B. Hochwasserschutz finanziert werden. Zum anderen wird durch neue Investitionen (wie z.B. in Necklinsberg) die Infrastruktur der Gemeinde Rudersberg qualitativ verbessert. Die Erhaltung bzw. Steigerung der Wohnqualität trägt dazu bei, dass unsere Einwohner am Ort wohnen bleiben. Ganz unmittelbar von der Einwohnerzahl hängen wiederum die beiden tragenden Haupt-Einnahmequellen unseres Haushalts ab: der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft.

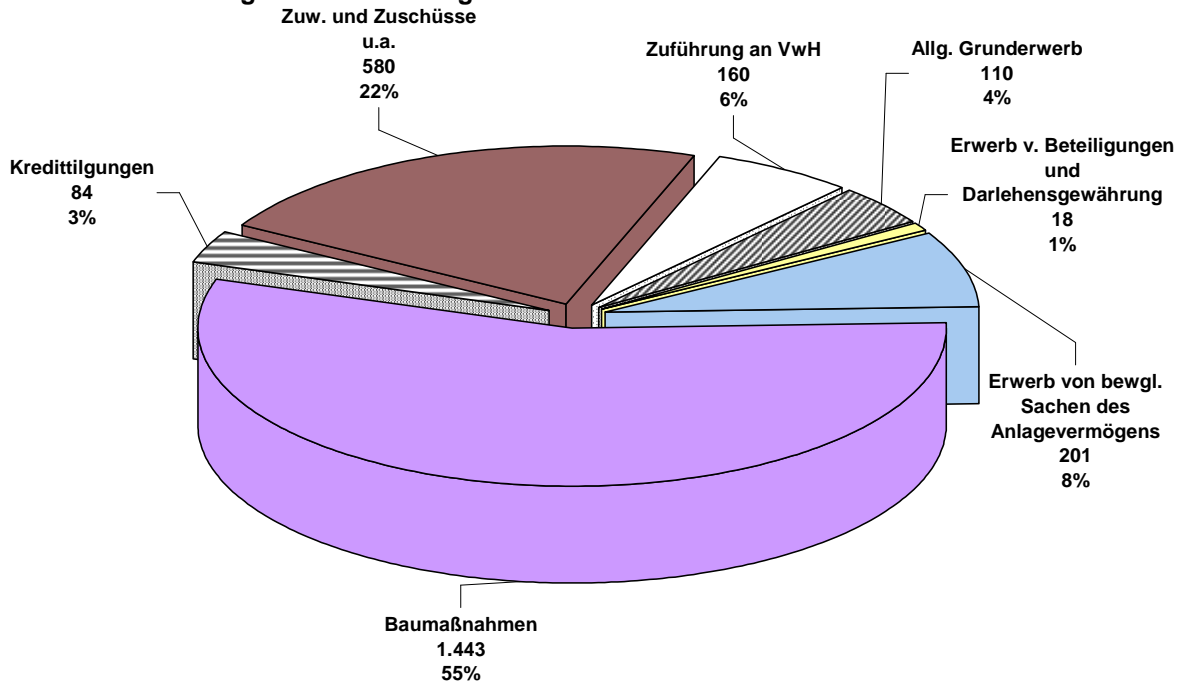
Auf die einzelnen vorgesehenen Investitionen des Jahres 2011 wurde an anderer Stelle im Vorbericht bereits eingegangen. Auf diese Tabelle wird verwiesen (Seite 18).

Auf der Folge-Seite die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts 2011 auf einen Blick.

Einnahmen des Vermögenshaushalts 2011 in Tausend Euro



Ausgaben des Vermögenshaushalts 2011 in Tausend Euro



Abweichungen des Haushaltsplans 2011 vom letztjährigen Finanzplan

Verwaltungshaushalt:

Bezeichnung	Veränderung
Grundsteuer A und B	16.500
Gewerbesteuer	400.000
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	285.100
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-600
Andere Steuern	9.600
Schlüsselzuweisungen und Komm. Invest.Pausch.	80.500
Familienleistungsausgleich	37.800
Gebühren und ähnliche Entgelte	31.000
Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, sonstige Verwaltungs- u. Betriebseinnahmen	40.000
Erstattungen vom Bund, Land, von Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden und dergl.	1.000
Zuweisungen und Zuschüsse	16.200
Sonstige Finanzeinnahmen	2.800
Mehreinnahmen	919.900
Personalausgaben	11.000
Säch. Verwaltungs- und Betriebsaufwand	40.950
Reduzierung der Globalen Minderausgabe von 250.000 EUR auf 175.000 EUR	75.000
Zuweisungen und Zuschüsse	16.450
Zinsausgaben	-1.900
Gewerbesteuer-Umlage	64.700
FAG-Umlage	1.000
Kreisumlage	-66.900
Regionalumlage	-8.400
Mehrausgaben	131.900
Saldo Mehreinnahmen ./ Mehrausgaben	788.000

Durch diese Verbesserungen kann die negative Zuführungsrate von 948.000 EUR auf 160.000 EUR reduziert werden, die Erwirtschaftung der Globalen Minderausgabe von 175.000 EUR vorausgesetzt.

Vermögenshaushalt:

Die Mittelfristige Finanzplanung im Haushaltsplan 2010 sah für das Jahr 2011 – nach Abzug der Zuführung an den Verwaltungshaushalt – Investitionen mit 2,232 Mio. EUR vor.

Tatsächlich sollen mit dem vorliegenden Haushalt nun Investitionen mit rd. 2,437 Mio. EUR in 2011 auf den Weg gebracht werden.

Wären aus Sicht des letzten Jahres noch Kredite mit 1,275 Mio. EUR zur Finanzierung der Investitionen notwendig gewesen, so sind es nun noch 145.800 EUR, profitiert das Jahr 2011 doch von verbesserten Rechnungsabschlüssen 2009 und 2010, die es erlauben, einen Betrag mit rd. 1,30 Mio. EUR in der Rücklage zu belassen, der nun in 2011 entnommen werden kann.

Auf die Übersicht mit den vorgesehenen Investitionen des Jahres 2011 auf S. 18 im Vorbericht wird verwiesen.

Entwicklung der externen Verschuldung:

Die Verschuldung im Kernhaushalt der Gemeinde wurde in den Jahren bis 2009 konsequent zurückgeführt. Auslaufende Zinsbindungen wurden dazu genutzt, Kredite vollständig zurückzuzahlen. Im zu Ende gehenden Jahr 2010 wurde ein Kredit mit 297.600 EUR zu einem Zinssatz von 3,70 % aufgenommen. Auch der Haushalt 2011 sieht eine weitere Kreditermächtigung mit 145.800 EUR vor – für sich betrachtet, sicher denkbar, würden hier nicht die kommenden Haushalte (Mittelfristige Finanzplanung 2012 bis 2014) mit einer Neuverschuldung von bis zu 2,13 Mio. EUR ihre Schatten voraus werfen.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung wird trotz hoher Investitionen im Jahr 2011 die Verschuldung etwas zurückgeführt werden können. Bei den Gemeindewerken steigt die Verschuldung in 2011 leicht an.

Die Tabelle auf der folgenden Seite zeigt die Entwicklung der letzten Jahre.

Entwicklung der äußeren Verschuldung (ohne Gemeindedarlehen)		Gemeinde *	Eigenbetrieb	Eigenbetrieb	gesamt
			Abwasser- beseitigung	Gemeinde- werke	
vorauss.					
Verschuldung auf	31.12.2011	596.717 €	7.184.493 €	1.005.453 €	8.786.663 €
vorauss.					
Verschuldung auf	31.12.2010	534.908 €	7.316.853 €	949.562 €	8.801.323 €
Verschuldung auf	31.12.2009	305.968 €	7.430.812 €	824.404 €	8.561.184 €
Verschuldung auf	31.12.2008	374.583 €	7.413.008 €	731.736 €	8.519.327 €
Verschuldung auf	31.12.2007	568.295 €	7.026.245 €	1.155.231 €	8.749.771 €
Verschuldung auf	31.12.2006	648.203 €	7.402.858 €	1.491.632 €	9.542.693 €
Pro-Kopf-Verschuldung auf Jahresende, Einwohnerzahl jeweils per 30.06.					
Einwohner 2011	11.425	52,23 €	628,84 €	88,00 €	769,07 €
Einwohner 2010	11.425	46,82 €	640,42 €	83,11 €	770,36 €
Einwohner 2009	11.475	26,66 €	647,57 €	71,84 €	746,07 €
Einwohner 2008	11.530	32,49 €	642,93 €	63,46 €	738,88 €
Einwohner 2007	11.658	48,75 €	602,70 €	99,09 €	750,54 €
Einwohner 2006	11.700	55,40 €	632,72 €	127,49 €	815,61 €
* sofern im Kernhaushalt der Gemeinde in 2011 Kredite mit 143.800 EUR tatsächl. aufgenommen werden sollten.					

Die externe Pro-Kopf-Verschuldung wird auf Ende 2011 in Rudersberg nahezu unverändert rund 769 EUR betragen, eine etwaige Aufnahme im Gemeindehaushalt mit 145.800 EUR bereits eingerechnet.

Der Schuldenstand auf 31.12.2009 lag in Baden-Württemberg bei 882 EUR, bei Gemeinden zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnern bei 840 EUR (Quelle: Statistisches Landesamt)

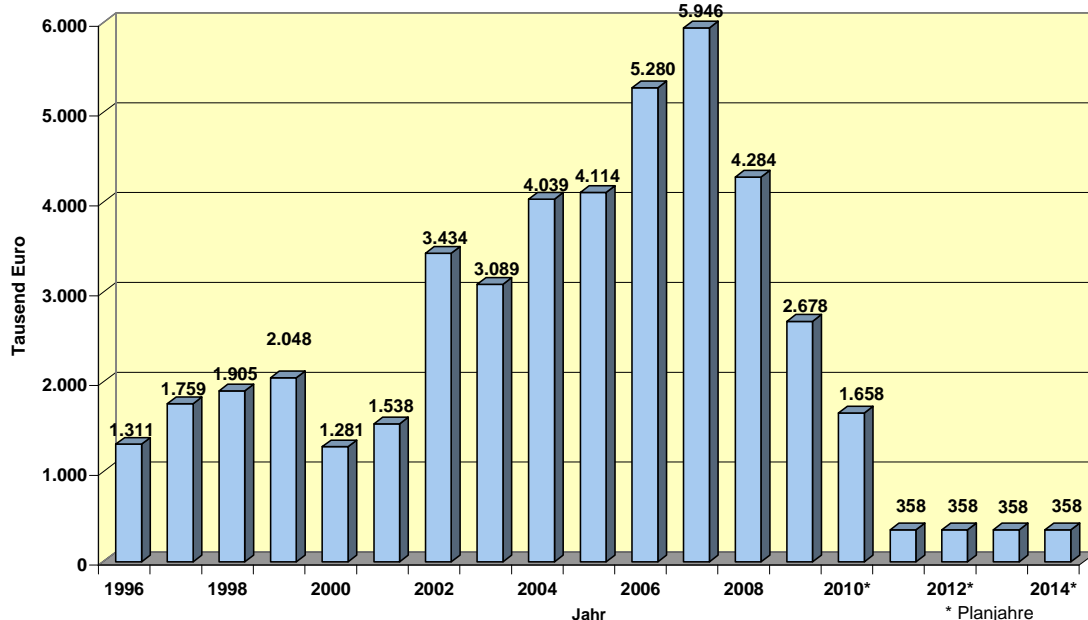
Der Bund der Steuerzahler gibt auf 31.12.2009 für baden-württembergische kreisangehörige Gemeinden zwischen 10.000 bis 12.000 Einwohnern einen Wert mit 889 EUR an.

Dass die Gemeinde unter den angegebenen Durchschnittssätzen liegt, ist erfreulich, sollte jedoch nicht überbewertet werden, gilt es doch auch immer, den Schuldendienst für Zins und Tilgung aufbringen zu können. Und dies fällt in Zeiten knapper Kassen bekanntermaßen besonders schwer.

An dieser Stelle sei erneut auf den Rückgang der Einwohnerzahlen innerhalb von 4 Jahren um 275 Einwohner von 11.700 Einwohner (30.06.2006) auf 11.425 Einwohner (30.10.2010) hingewiesen.

Entwicklung der Rücklagen:

Entwicklung der Rücklage 1996 - 2014



Wie bereits an anderer Stelle im Vorbericht erwähnt, soll die Rücklage auf Ende 2011 zur Finanzierung der Investitionen auf ihren Mindestbestand von rund 358.000 EUR zurückgeführt werden. Die kommenden, finanzschwachen Jahre werden keine Aufstockung zulassen.

Mittelfristige Finanzplanung bis 2014:

Die Nettoinvestitionsrate (=Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt abzgl. Tilgungsleistungen) beläuft sich im Jahr 2012 aus heutiger Sicht auf minus 1,1 Mio. EUR. Und auch die Jahre 2013 und 2014 erbringen in der Summe kaum Zählbares: ein untrügliches Zeichen dafür, dass bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben strukturelle Änderungen notwendig sind.

	2012	2013	2014	Summen
negative Zuführungsrate	- 993.700 €	- 45.700 €	- €	-1.039.400 €
positive Zuführungsrate	- €	- €	282.500 €	282.500 €
./. Kredittilgung	- 102.000 €	- 102.000 €	- 102.000 €	- 306.000 €
Netto- Investitionsrate	-1.095.700 €	- 147.700 €	180.500 €	-1.062.900 €
Ausgaben				
Vermögenshaushalt	2.996.000 €	2.706.000 €	2.965.000 €	8.667.000 €
Deckungsgrad der Netto- Investitionsrate	-36,6%	-5,5%	6,1%	-12,3%
vgl. dazu Kreditaufnahme	542.500 €	991.800 €	902.650 €	2.436.950 €
Netto-Neuerschuldung	440.500 €	889.800 €	800.650 €	2.130.950 €

In der Mittelfristigen Finanzplanung sind folgende Mittel eingestellt bzw. Investitionen angedacht:

Bezeichnung	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Feuerwehr; Geräte, Maschinen	32.000 €	32.000 €	32.000 €
Feuerwehr BOS-Funk (geschätzte Zahlen)	- €	25.000 €	50.000 €
Feuerwehr-Fahrzeuge Asperglen und Steinenberg	- €	- €	280.000 €
GS Steinenberg, Ausstattung, Einrichtung	4.500 €	4.500 €	4.500 €
GS Schlechtbach; Ausstattung, Einrichtung	4.500 €	4.500 €	4.500 €
Schulzentrum Rudersberg, Ausstattung, Einrichtung	50.000 €	50.000 €	50.000 €
Förderschule, Ausstattung, Einrichtung	7.500 €	7.500 €	7.500 €
Ortskernsanierung Rudersberg IV incl. Kinderhaus	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €
Dorfsanierung Necklinsberg 2. Abschnitt	- €	200.000 €	200.000 €
Wohnungsbauförderung	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Tiefbaumaßnahmen im Zusammenhang mit Kanalsanierung (Eigenkontrollverordnung) u.a.	200.000 €	200.000 €	200.000 €
Brückensanierungen	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Kapitalumlage an den Wasserverband Wieslaufal für Becken in Oberndorf und Damm in Schlechtbach	140.000 €	600.000 €	600.000 €
Ersatzbeschaffungen Bauhof u.a.	50.000 €	50.000 €	50.000 €
Verkehrsverband Wieslaufalbahn	96.250 €	70.000 €	70.000 €
Verband Region Stuttgart	5.550 €	4.800 €	4.500 €
Allg. Grunderwerb	200.000 €	200.000 €	200.000 €
ordentliche Kredittilgung	102.000 €	102.000 €	102.000 €
negative Zuführungsraten an den Verwaltungshaushalt	993.700 €	45.700 €	- €
Summe	2.996.000 €	2.706.000 €	2.965.000 €

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Gemeindewerke Rudersberg

Die Wasserversorgung der Gemeinde Rudersberg wird seit 1995 als Eigenbetrieb unter der Bezeichnung "Wasserwerk Rudersberg" geführt. Seit 1987 ist die Wasserversorgung aus dem Haushaltsplan ausgegliedert und wird als Sonderrechnung "Betriebskammeralistik" behandelt.

Seit dem Haushaltsjahr 2005 ist auch das Hallenbad aus dem Haushalt ausgegliedert und wird mit dem Wasserwerk unter dem Eigenbetrieb „Gemeindewerke“ geführt.

In den letzten Jahren hinzugekommen sind ein Blockheizkraftwerk sowie Photovoltaik-Anlagen auf dem Schulzentrum und auf dem Rathausdach (Betriebszweige Wärme und Strom).

Zur Darstellung des Wirtschaftsplans ist zu erwähnen, dass die Gemeindewerke einen einheitlichen Erfolgsplan und Vermögensplan aufweisen und der Erfolgsplan in die verschiedenen Betriebszweige Wasserversorgung, Hallenbad und Versorgung (Wärme und Strom) untergliedert ist.

Der Wirtschaftsplan ist diesem Haushaltsplan angefügt (blaue Seiten). Auch er ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen dargestellt und enthält eine Übersicht über die Schulden, über den Stand des Anlagevermögens sowie eine Finanzplanung bis zum Jahr 2014.

Die Feststellung des Wirtschaftsplans 2011 durch den Gemeinderat erfolgte am 25.01.2011.

Die Frischwassergebühr mit 1,70 EUR/m³ zzgl. MWSt und Grundgebühr wird beibehalten.

Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Rudersberg

Die Abwasserbeseitigung für die Gemeinde Rudersberg wird seit 1999 als Eigenbetrieb geführt. Deshalb ist ein separater Wirtschaftsplan festzustellen, der buchhalterisch mit der Sonderrechnung "Betriebskammeralistik" abgewickelt wird.

Der Wirtschaftsplan enthält über den Erfolgs- und Vermögensplan hinaus die Schuldenstandsübersicht, die Übersicht über den Stand des Anlagevermögens sowie die Finanzplanung bis zum Jahr 2014.

Die Feststellung des Wirtschaftsplans 2011 durch den Gemeinderat erfolgte am 25.01.2011.

Die Abwassergebühr wurde im Jahr 2010 von 2,80 auf 2,95 EUR/m³ angehoben. Mit der Einführung der vom Verwaltungsgerichtshof eingeforderten „gesplitteten Abwassergebühr“ wird – wie bereits berichtet – eine Neukalkulation der Gebühren erforderlich sein. Diese soll im 1. Halbjahr 2011 erfolgen.

Rudersberg, 31. Januar 2011

K r a p f